

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertraut:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtporto. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb Deutschlands. — Bezugs-Preise nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Verlags- und Druckerei, in allen anderen Städten die Postämter. — In Wiesbaden: die Verlags- und Druckerei, in allen anderen Städten die Postämter. — In Wiesbaden: die Verlags- und Druckerei, in allen anderen Städten die Postämter.

Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Mittlerer Anzeiger“ in einzelner Spalte; 20 Pfg. in beiden abwechselnd. — Sonstige Anzeigen: 1. 10 Pfg. für lokale Anzeigen; 2. 10 Pfg. für auswärtige Anzeigen; 3. 10 Pfg. für auswärtige Anzeigen. — Sonstige Anzeigen: 1. 10 Pfg. für lokale Anzeigen; 2. 10 Pfg. für auswärtige Anzeigen; 3. 10 Pfg. für auswärtige Anzeigen.

Anzeigen-Nummern: Für die Wiesbadener Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glinckestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorzugsbevorzugten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 28. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 45. • 62. Jahrgang.

Ein neuer Balkankrieg?

Schon hört man die „drei Worte inhaltschwer“ ein neuer Balkankrieg hier und da, den ruhebedürftigen Europäer erschauern, aufstöhnen, und in Berlin sind sie dieser Tage sogar von den Verkäufern eines sensationenbedürftigen Abendblattes auf den Straßen und Plätzen ausgebrüllt worden. Ist wirklich Ursache zu der Befürchtung vorhanden, daß die Ereignisse auf dem Balkan eine solche Wendung nehmen könnten, die für das europäische Wirtschaftsleben eine neue, in ihren Folgen gar nicht abzuschätzende Katastrophe bedeuten würde?

Es ist nicht zu leugnen, daß in den letzten Tagen vom Balkan mannigfache Alarmnachrichten gekommen sind, die auf eine Verschärfung der Gegensätze hindeuten, wozu sich dann noch allerlei Janfaren der redelustigen orientalischen Staatsmänner — man erinnere sich nur an den jüngsten Kriegsruf Enver-Paschas — gesellen. Nun sind zwar zwischen fast allen Balkanstaaten noch einige Liquidationsreste der jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen zu erblicken, aber von einem ernsthaften Konflikt kann doch nur zwischen Griechenland und der Türkei die Rede sein. Ist dieser Konflikt wirklich so, daß seine schiedlich-friedliche Lösung unmöglich wäre, daß „das letzte Seil, das höchste ruht im Schwerte“?

Das türkisch-griechische Problem besteht bekanntlich in der sogenannten Inselfrage, die von den Mächten im wesentlichen nach dem griechischen Vorschlag dahin entschieden worden ist, daß den Griechen alle von ihnen eroberten ägäischen Inseln zugesprochen werden sollen mit Ausnahme von Imbros und Tenedos, die für die Sicherheit der Dardanellen von ausschlaggebender Bedeutung sind. Dagegen soll Griechenland verpflichtet sein, die ägäischen Inseln nicht zu befestigen, Vorantien gegen den Waffenschmuggel an der Küste zu geben und Südbalkanien schleunigst zu räumen. Diese Beschlüsse der Großmächte sind der griechischen Regierung und der Pforte bereits offiziell zur Kenntnis gebracht worden; über die Form der offiziellen Bekanntgabe aber schweben zurzeit noch Verhandlungen. Die Mäulen der Mächte mahlen langsam.

Wenn nun aber die Großmächte auch nach mancherlei Meinungsverschiedenheiten sich endlich zu einer gewissen Einigkeit in dieser Frage durchgerungen haben, so scheint diese bekanntlich nicht allzu gefestete Einigkeit den Balkanstaaten eben nicht sonderlich zu imponieren. Selbst Griechenland, das doch bei der Inselfrage so außerordentlich günstig abschneidet, hat die endgültige Zurückziehung seiner Truppen aus den albanischen Grenzgebieten zwar wiederholt feierlich versprochen, aber noch immer nicht ins Werk gesetzt. Weit bedrohlicher noch lauten die Nachrichten aus der Türkei, wo ja der neue Kriegsminister Enver-Pascha ausdrücklich von der Absicht gesprochen hat, „von den verlorenen Gebieten möglichst

viel wieder zurückzugewinnen“. Fast scheint es aber, als ob diesen Reden auch die Taten entsprechen sollten. Meldungen aus Athen behaupten, daß die türkische Truppenkonzentration an der Küste Kleinasien den von Griechenland besetzten Inseln gegenüber fortgesetzt werde; in Thrazien sollen umfassende militärische Vorbereitungen getroffen werden, und eine weitere Alarmnachricht behauptet sogar, daß die Pforte auf Chios Truppen landen wolle, obwohl es der Türkei hierzu doch an den entsprechenden maritimen Nachmitteln gebricht. Weiter spricht eine russische Meldung von einem gegen Griechenland gerichteten türkisch-bulgarischen Bündnis und einer Konzentrierung bulgarischer Banden an der griechischen Grenze. Endlich wird aus französischer Quelle gemeldet, daß zwischen dem Dreibund und dem Dreiverband bereits Verhandlungen wegen Entsendung einiger Kreuzer nach den ägäischen Inseln schweben, um dort den Status quo aufrecht zu erhalten und jeden Versuch einer Veränderung gewaltfam zu verhindern.

Man wird jedoch gut tun, alle diese Alarmnachrichten mit dem stärksten Vorbehalt aufzunehmen. Was Griechenland betrifft, so ist die Entscheidung über die Inselfrage für dieses so günstig, daß es gar nicht daran denken kann, Schwierigkeiten in der albanischen Frage zu machen, denn es würde dadurch weit mehr aufs Spiel setzen, als es gewinnen kann. Aber auch die Türkei kann trotz aller Reden Enver-Paschas es nicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Griechenland ankommen lassen, schon weil es ihr an der erforderlichen Flotte gebricht; der ersehnte „Rio de Janeiro“ wird frühestens Ende Mai oder Anfang Juni vor Konstantinopel eintreffen. Nun wird behauptet, daß die Türkei auf die Hilfe Bulgariens rechnen dürfe, aber der Ministerpräsident Radoslawow hat das loeben mit aller Entschiedenheit bestritten, und das weitere wird aus Sofia gemeldet, daß nach der Annäherung der in den griechischen Gefangnissen befindlichen bulgarischen Gefangenen nunmehr die beiden Regierungen zur Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen schreiten werden. Auch klingt es nicht ganz unwahrscheinlich, daß zum Schluß doch noch ein Tauschgeschäft zustande kommen werde, auf Grund dessen Griechenland Chios und Mytilene gegen einige Inseln des Dodekanesos an die Türkei abtreten werde. Nun könnte ja die Meldung einige Beforgnis erregen, wonach bei dem gegenwärtigen Zusammentreffen der Balkanstaatsmänner in Petersburg ein neuer, Griechenland, Serbien, Rumänien und Montenegro umfassender Balkanbund vorbereitet werden solle, aber das ist einwilligen Zukunftsmodell, und für die Gegenwart wird man auf eine Beilegung des Inselkonfliktes schon deshalb rechnen können, weil es den Balkanstaaten am Nötigsten zum Kriegsführen, am Geld gebricht, und weil Europa, das ja hier das letzte Wort mitzusprechen hat, gründlich kriegsmüde ist.

Politische Übersicht.

Konsulate für Elßa-Lothringen?

Der elßassische Abgeordnete Haegh, der Vertraute des jactam bekannten Herrn Wetterle, hat vor kurzem im Reichstag Konsulate für Elßa-Lothringen verlangt. Wie wir mitteilen können, ist auf eine Erfüllung dieses Verlangens auf absehbare Zeit hinaus nicht zu rechnen, und zwar aus folgenden Gründen. Es ist richtig, daß die kaufmännischen Vertretungen Elßa-Lothringens wiederholt die Errichtung von Konsulaten fremder Mächte in den Reichslanden begehrt haben. Würde diesem Verlangen nachgegeben, so könnte man auch die Errichtung französischer Konsulate in Elßa-Lothringen nicht verhindern. Schon nach den Bestimmungen der Meistbegünstigung hätte Frankreich, wenn andere Mächte Konsulate in den Reichslanden errichten dürften, ein Recht darauf, ebenfalls Konsulate in Straßburg, Mülhausen und anderen Orten Elßa-Lothringens zu schaffen. Das aber will man unter allen Umständen vermeiden. Es ist klar, daß französische Konsulate in den Reichslanden, auch wenn diese Posten mit Persönlichkeiten besetzt würden, die entschlossen wären, peinliche Zurückhaltung zu beobachten, sich allmählich zu Mittelpunkten französischer Bestrebungen gestalten müßten. Das aber kann unter den obwaltenden Umständen keine deutsche Regierung gestatten. Außerdem ist das Fehlen ausländischer Konsulate in den Reichslanden nicht so schlimm, wie es von Herrn Haegh und Genossen hingestellt wird. Alle auswärtigen Mächte haben ihre Elßa-Lothringen am nächsten gelegenen Konsulate, die in Mannheim, Kehl, Frankfurt a. M. und so weiter, angewiesen, die Geschäfte für Elßa-Lothringen mit zu erledigen. Nur Frankreich macht in dieser Beziehung eine Ausnahme. Es hat die elßa-lothringischen Angelegenheiten dem Berliner Konsulat überwiesen. Wenn also die Elßa-Lothringer so große Sehnsucht nach französischen Konsulaten haben, so mögen sie Frankreich veranlassen, dem Beispiele der übrigen Mächte zu folgen und statt des Berliner französischen Konsulats ein den Reichslanden erheblich näher gelegenes Konsulat mit der Wahrnehmung der Geschäfte für Elßa-Lothringen zu betrauen.

Feldmarschall v. d. Goltz über die Erziehung zur Wehrfähigkeit.

Aber die Frage, wie die Volkskraft und mit ihr die Wehrfähigkeit durch systematische Jugendpflege gehoben werden kann, äußert sich Feldmarschall v. d. Goltz in einem Aufsatz der Goltz'schen Monatschrift „Der Greif“. Die Erziehung der Jugend zur Kriegsfähigkeit ist ein besonders dringendes Gebot der Gegenwart, weil der moderne Krieg die höchsten Anforderungen an den einzelnen Soldaten stellt und weil andererseits in Deutschland ein allmähliches Sinken der Wehrfähigkeit konstatiert wird, dem man mit allen Kräften entgegenzutreten muß. Nun wirken die allgemeinen

Nachdruck verboten.

Ohne Zeitung!

Satirische Skizze von Hermann Kienzl (Berlin).

Der Herr Florian Breitenhuber, 1. 1. Rat in Pension, lag des Morgens am acht im Bett und hatte schon zweimal geklingelt. Er pflegte auf seine Weise das Beispiel jenes Obersten, auch eines Ruhestandesheerra, nachzuahmen, der sich täglich um 8 Uhr morgens werden ließ: „Herr Oberst! Um sechs wird abmarschiert!“ — worauf der Oberst regelmäßig nach einem erschöpfenden Rud und Seufzer sich befand, daß für ihn kein Kalbfell mehr geschlagen werde, einen Augenblick des Hochgenusses schmeckte, dem Vurischen lächelnd die breite Hinterseite zulegte und wieder in die feiligen Jagdgründe des Traums hinüberklimmerte. Der Herr Florian Breitenhuber seinerseits brauchte jetzt nicht mehr sein Schlafbedürfnis um 8 Uhr früh über die kalte Straße nach der Kanzlei zu tragen, und er hatte die Frau Schantel, seiner ehelichen Wirtschaftlerin, die für allemal den Auftrag gegeben, ihm Schlag acht das Morgenblatt ans Bett zu bringen. Dann rekelte er sich noch eine halbe Stunde in den Daunnen, blieb den Rauch der Morgenzigare in die Luft, las seine Zeitung und dachte zwischendurch mehr als einmal vergnügt an die Uhr der Amtsstube, die seinem Glücklichen schlägt.

Heute war an dieser Ordnung des Wohagens eine Schraube gelockert. Schon sieben Minuten über acht, — und Herr Florian Breitenhuber hatte noch nicht seine Zeitung. Er rief zum drittenmal an dem altsäuerlichen Glodenzug, und diesmal mit gerechtem Jörn. In der Tür erschien des Hauses dreihäufige und doppelstünige Schaffnerin:

„Na, na, Herr von Breitenhuber! Geben's an Fried!“

„Ja, kann's Ihnen net drucken?“

„Was drucken?“ donnerte Florian Breitenhuber, und sein Schnurrbart wurde zum Jael.

„Jehas, der gnä' Herr tat agra'd' so, als ob ihn die Wehmutter erst abschneiden müß'“, rief ärgerlich die runde Frau.

„Zeitung gib's keine, die Drucker haben einen Streik!“

Dem Herrn Rat Florian Breitenhuber dämmerte es. Vor Wochen hatte man davon gelesen, daß der Tarifvertrag, der zwischen den Druckereibeschäftigten Österreichs und ihren „Geheilen“ bestand, mit dem Jahre 1913 abließ und hinsichtlich der neuen Forderungen der Seher keine Einigung zwischen Arbeitgebern und -nehmern zustande kommen wolle. Doch glaubte niemand ernstlich an das drohende Stillestehen der Setz- und Rotationsmaschinen, weil es doch auch ganz unmöglich wäre, daß eines Tages der Wälderjunge keine Semmeln bräute. Nicht einmal die Zeitungen selbst machten viel Wesen aus dem häuslichen Krieg. It's nur erst Matthäi am Leben, so werde sich, dachte man, schon alles finden.

Also traf es auch den Herrn Rat Breitenhuber ziemlich unvorbereitet, daß er an diesem Morgen ohne geistige Nahrung bleiben mußte. Er wälzte sich ein paar mal kurzend in seinem Bett und stand auf, den linken Fuß voraus. Schon hatte er den Kopf in den Wasserkrübel getaucht und, wie ein Seehund prustend, die umliegenden Gebiete überschwehmt, als er plötzlich mitten in der stürmischen Tätigkeit innehielt: „Wenn ich jetzt nur wüß'!“

Ja, wenn er jetzt nur wüßte, ob sich der Prinz zu Wieder auf den künftigen Thron der Väter setzen ließ oder ob er nicht doch den besseren Teil der Tapferkeit wählte? So schön hatte seine Frau Tanti, die ehrgelich schwärmende Carmen Sylva, ihr Liedchen von den guten, süßen Albanesen zur Harfe gesungen; aber, dachte Herr Florian Breitenhuber, der „unsterbliche Ruhm“ ist recht angenehm, wenn man ihn bequem und ordnungsgemäß auf einem Fürstenthron erlöst, doch er ist minder reizvoll, falls unter dem höflichen Gesicht eine Dynamitpatrone steckt. Diese schweren politischen Sorgen waren übrigens nicht die einzigen, die Herrn Breitenhubers gegenwärtiges Herz bedrückten. Gar zu gerne hätte er vor allem gewußt, wer gestern beim Kapellschießen in der Köfelmühlhause den ersten und den zweiten Preis davontrug. „Was hilft's! Das Rautler muß im Rebel seinen Weg suchen — ohne Zeitung.“

Der Herr Rat hatte, seit er den Aufregungen des Alltags entnommen war, seinen freien Tag und Geist unter

das Geseh einer freiwilligen Staatsbürgerlichen Selbstzucht gestellt. Um 8 Uhr, wie schon es schon, begann sein Tagewerk mit einer geistigen Anstrengung. Zur Erholung wurde dann nach dem Frühstück ein ruhiger Spaziergang unternommen, wobei der moderne soziale Trieb Herrn Breitenhuber veranlaßte, die Vögeln im Stadtpark mit Volkstimmen zu füttern. Im Winter wie im nahrungsreichen Sommer. Den Rest des Vormittags forderte der Frühstücken-Stammtisch. Nach dem Mittagessen (Frau Schantel lockte kräftig und reichlich) begab sich Herr Breitenhuber, ein echter Österreicher unter Österreichern, ins Kaffeehaus, wo er seit Jahren mit den gleichen Gleichgesinnten sein Tarockspielchen machte. Sodann blieb noch einige Zeit zu abwechselnden Besichtigungen, als da sind der Besuch des Kaffees oder des Dampfbaades oder eines alten Bekannten, einer Schwägerin, einer Votkollektur. Pünktlich um 7 Uhr Herr Breitenhuber am Stammtisch. Um 10 Uhr der freie Mann zu Bett. Nur selten erfährt dieses Lebensprogramm eine Erschütterung. Ging der Herr Rat ja einmal ins Theater, so mußte schon recht was Tüchtiges gegeben werden. Eines die verkürzte „Tango-Prinzessin“ oder das erhabende „Die Fledermaus“. Eher aber verpürte er Reizung zum geistigen Anstoß.

In dem Gang der äußeren Ereignisse trat auch heute eine merkbare Veränderung nicht ein. Aber das innere Gleichgewicht des Herrn Rat war in leises Schwanen geraten. Er vermehrte die Zeitung, vermehrte sie, wie ein anderer ordnungsliebender Mann einen von der Sittte geführten und trotzdem tüchtig abgesprungenen Hofentwurf. Daß dieses Entbehrungsgefühl eine kleine Inkonsequenz des Herrn Florian Breitenhuber war, daran dachte er nicht, sonst hätte er es gewiß nicht aufkommen lassen. Denn, waren auch die Tage zu zählen, die der Herr Rat zweimal des Tages an seinem Stammtisch von sich gab, eine kleine goldene Wortfelle pflegte er mit großer Zuverlässigkeit um die Gesprüche zu schlingen. So oft die neuen Angelegenheiten der großen und der kleinen Welt mit einiger Erhebung der Gemüter durchgebechelt wurden, tat der Herr Rat einen, wenn auch nicht beruhigenden, so doch ruhigen delphischen Spruch: „Is eh' alles erlogen,

Lebenserfahrungen heute vielfach der kriegerischen Tüchtigkeit geradezu entgegen, und nur Übung von früh an kann diese Schäden wieder gutmachen. So wird z. B. die Marschfähigkeit durch die modernen Verkehrsverhältnisse zweifellos beeinträchtigt, da man heute längere Wege selten noch zu Fuß macht. Nach einem Ausspruch Napoleons über „schlägt man den Feind mit den Stiefeln, nicht mit der Waffe“; es muß daher schon in der Jugend das Verständnis für die richtige Art des Gehens und Laufens erweckt werden. „Richtiges Atmen, Körperhaltung, Kräftigung, Berücksichtigung von Regen und Wetter, das Achten auf die Windseite, rechtzeitiges Lüften von Kopfbedeckung und Anzug, Regelung des Tempos, je nach den Umständen, müssen wohlüberlegt sein.“ Auch das Zurechtfinden muß geübt werden. Vom japanischen Heere wird berichtet, daß während des mandchurischen Krieges jeder gemeine Soldat in der Lage gewesen ist, seine Karte mit Sicherheit zu lesen. Dies ist nur durch fortgesetzten Gebrauch der Karte im Gelände zu erreichen. Auf den Wanderungen wird die Jugend auch gleichsam spielend das Entfernungsmaß lernen, das heute die Grundlage für den wirksamen Gebrauch unserer Präzisionswaffen bildet. Der förmliche Unterricht, der in der Armee dafür erteilt wird, kann durch rechtzeitige Vorbereitung außerordentlich gefördert werden. „Wichtig ist es, die Jugend zum Schrittmessen, zum fortwährenden Abzählen mit dem Auge an Häuserfronten, Mauern, Gartenzäunen usw. anzuhalten.“ Ebenso will das Bestimmen der Himmelsgegend ohne Kompaß nach der Uhr, nach dem Sonnen- oder Mondstand, nach dem Polarstern und anderen Merkzeichen gelehrt sein. Die Knaben müssen angehalten werden, die Umgebung, durch die sie wandern, regelmäßig zu beobachten und die Beobachtungen richtig wiederzugeben. Außerordentlich erhöht werden kann die Sehkraft. Werden doch alljährlich etwa 3000 junge Leute — meist Schüler der höheren Lehranstalten — nur wegen Kurzsichtigkeit vom Heeresdienst zurückgestellt, und so geht gerade der gebildete Teil des Erbes der Armee vielfach verloren. Für das Sehen bedeutet aber Übung und Aufmerksamkeit unendlich viel. Der Feldmarschall erinnert dabei an eine Erfahrung, die er vor 30 Jahren machte, als er an die Spitze des türkischen Militärunternehmens berufen wurde. Ihm fiel das äußerst scharfe Sehen der jungen Türken bei jeder Gelegenheit auf. Als aber dann ein deutscher Augenarzt die Sehschärfe der Leute genau untersuchte, kam er zu dem merkwürdigen Resultat, daß die Sehschärfe der türkischen Militärschüler im Durchschnitt keineswegs größer war als die unserer Jugend. Sie waren im Sehen nur weit besser geübt. Deshalb ist das genaue Bistestellen zu pflegen, das schnelle Abzählen von Zielgruppen, das Herausfinden der Mängel von im Gelände liegenden Linien von Kopfscheiben. Die Übung des Auges im Durchgähnen gleichartiger Gegenstände in immer größerer Entfernung wird in kurzer Zeit die Sehkraft merklich heben.“ Sodann muß das Gehör systematisch ausgebildet werden. In der japanischen Armee, wo diese Übungen schon seit langem betrieben werden, lernt der Soldat durch das Ohr allein unterscheiden, ob ein im Dunkel Vorübergehender, dessen Schritte er vernimmt, in Waffen ist oder nicht, ob er eine Last trägt oder keine. Damit die Jugend aus ihren Beobachtungen richtige Schlüsse zieht, muß das Spüren-lesen betrieben werden, in dem der primitive Mensch dem Kulturmenschen so sehr überlegen ist. Die Pflege der Ausdauer und Abhärtung des Körpers darf natürlich ebenfalls nicht vernachlässigt werden. Durch Erlernung einfacher Vebefarbeiten wird der Knabe aus den Soldatenberuf vielfach vorbereitet. „Dazu gehört das Knotenbinden, das Herstellen von kleinen Flößen, eines primitiven Bootes, von Tragbahnen usw., das Errichten von Überhängen aus Stäben, das Überwinden aller Arten von Hindernissen mit den einfachsten Mitteln, das Erbauen von Beobachtungswarten aus den bekannten Pfadfinderstäben.“ Auch die Anfangsgründe des Sanitätsdienstes und die praktischen Handgriffe beim Sanalisieren können dafür in Betracht. Solche Erziehung der Jugend zur Wehrfähigkeit ist heute vielleicht die wichtigste nationale Aufgabe, denn: „Die Stärke eines jeden Volkes liegt in seiner Jugend, und für seine Größe und Sicherheit geschieht alles, was man für diese tut.“

was in der Zeitung steht.“ Damit hatte seine Leidenschaft für die schwebenden Probleme ein Aufheißes getan.

Und nun? O! O! Eil! Eil! Der Herr Rat vernichtete die Zeitung.

Zwar beim Frühstück ließ er sich den Gram nicht anmerken. Er zwang sich sogar zu der humorvollen Bemerkung: „Es ist nicht Schade um die Zeitungsenten.“ Doch erhob er sich um ein Viertelstündchen vor der gewohnten Zeit und begab sich zu der Buchhandlung, wo nach Eintreffen der Mitagsblätter die auswärtigen Tageszeitungen zum Verkauf ausliegen. Vielleicht, so hoffte der Herr Rat, würde er doch wenigstens erfahren, was der Reiz zu tun und zu unterlassen gedenkt. . . . Das war nun freilich ein kleiner Schrecken, als man dem Herrn Florian Breitenhuber den Bekleidungsbedarf für alle inländischen Zeitungen und ausgedruckten, der Buchdruckerstreik ist allgemein in ganz Österreich.

Dieser erste Tag war der schlimmste noch lange nicht. Das Schicksal machte es mit dem Herrn Rat Breitenhuber wie die strengen moralischen Jünger in den Märchen, die böse Kinder durch traurige Erfahrungen bessern lassen. Es sorgte dafür, daß der Herr Rat sich in den nächsten Wochen an den zeitungslosen Zustand durchaus nicht gewöhnen konnte, während er doch seiner Natur nach so gerne zu jeder passenden Angewohnheit bereit gewesen wäre.

Ein täglicher Schloß war der Kurzweil, den er nicht mehr mit dem Abendblatt ins Haus bekam. Angstlich wie die Wesper glücklicher und unglücklicher Vögel und Affen einmal sind, mußte sich der Herr Rat entschließen, in seinen Tageslauf einen Gang zum Bankier einzufachen. Damit nicht genug, lernte er einsehen, von wie vielen Seiten ihn das Zeitungsschicksal bedrängte. Seine Weine mußte er in Kontribution setzen, um zu erfahren, wo bei einem Ausverkauf die unausschließbare Beschaffung eines Paares neuer Strümpfe am billigsten zu beschaffen wäre; an welchem Tage früherer Schicksal, den er für sein Leben gern ab, beim Kaufmann eingetroffen sei; in welchem Wirtshaus die Wiener Volkslieder sich produzierten. Und so — und überhaupt! Ist es nicht ein Jammer, nicht einmal zu wissen, welcher gute Freund etwa gerade gestorben ist oder sich verheiratet hat?

Aber das Schicksal meinte es noch heftiger mit dem k. l. Rat Florian Breitenhuber. Am dritten Tag der Zeitungsfinsternis geschah es, daß ihm der Lord die Treue kündigte. Der liebe, perfide Lord dem treuesten Herrn! Beim Frühstück (von hatte sich der Lord entschlossen lassen. Der Herr opferte den Spaziergang, er opferte den Frühstückstisch und warzte. Der Lord kam nicht. Da pochte ein unaußholbarer Schmerz den

Deutsches Reich.

L. Der Sozialsekretär. Ein neuer Beruf ist innerhalb der westdeutschen Großindustrie entstanden: der des „Sozialsekretärs“. Er soll die Arbeiter eines Werkes kostenlos über ihre sozialpolitischen Rechte und Pflichten (richtiger wäre vielleicht die umgekehrte Reihenfolge) belehren und sie zur Staats- treue erziehen. Ein halbes Duzend solcher Sozialsekretäre ist bereits angestellt. Eine unmittelbare Verbindung zwischen ihnen und den „gelben“ Werkvereinen soll nicht bestehen. Das Angebot für diese Stellen scheint ziemlich groß zu sein. Es rekrutiert sich zum Teil aus dem Privatbeamtenstande, zum Teil aus Beruflosen; der bekannte Professor der Nationalökonomie Ehrenberg unterhält ebenfalls einen „Stellennachweis“ für Sozialsekretäre.

op. Von der Bekämpfung der Tuberkulose. An der Spitze der Kulturstaaten, die den Kampf gegen die Tuberkulose aufgenommen haben, steht Deutschland, das den Angriff gegen den heimtückischen Volksfeind in einer für die anderen Staaten vorbildlichen Weise planmäßig und zielbewußt durchführt. Man zählt gegenwärtig im Reich 147 Volkshelmsstätten für Lungentranke mit 15278 Betten, 103 Anstalten mit 9157 Betten für tuberkulöse Kinder, 114 Balneotherapieanstalten, 17 Waldschulen, 222 Abteilungen für schwere Lungentranke in den allgemeinen Krankenhäusern und 1500 Auskunfts- und Fürsorgestellen. Der Erfolg ist der, daß in den letzten 15 Jahren die Sterblichkeit an Tuberkulose um ein Drittel zurückgegangen ist. Hören wir aber, daß trotzdem noch jeder 10., im erwerbsfähigen Alter jeder 4. und bei gewissen Arbeitern bis zum 35. Lebensjahr sogar jeder andere Todesfall auf Tuberkulose zurückzuführen ist, so begreift sich, daß namentlich die Kleinarbeit auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege eifrig weiter zu entwickeln ist. Namentlich sollte man nach dem Rat eines erfahrenen Sachmanns, Hofrat Dr. R. Kohn (München), die privaten Fürsorgestellen, deren es bei uns erst 355 gibt, weiter ausbauen. Ihre Träger können je nach den örtlichen Verhältnissen die Gemeindevorstände oder eigene Tuberkulosevereine sein. Die Hauptsache bei ihrer Ausgestaltung ist, daß sie in der Lage sind, schließlich jeden einzelnen Tuberkulosefall aufzufinden und sozusagen unschädlich zu machen. Was eine gute Fürsorge leistet, zeigt die Organisation von Berlin, die im Jahre 1912 ihre Tätigkeit auf 80 000 Lungentranke, 1300 Alkoholkranke und 400 Krebsverdächtige erstreckte und 11 000 Kinder ärztlich untersuchte. Die Stadt Berlin unterstützt diese Fürsorge mit jährlich 50 000 M. und erspart — 60 000 M. an Armenlasten allein durch die Fürsorge der Zentralstelle für Alkoholkranke!

*** Eine Krankenlasten-Interessengemeinschaft im Regierungsbezirk Trier.** Die Vertreter der Krankenlasten des Regierungsbezirks Trier beschloßen in einer Versammlung den Zusammenschluß sämtlicher Klassen des Regierungsbezirks zu einer Interessengemeinschaft, besonders zum Zweck der Regelung der Kräftefrage auf Grund des Berliner Abkommens.

*** Über 40 000 Ladeninhaber für völlige Sonntagsruhe.** Dem Reichstag ist anlässlich seiner Beratungen über den Sonntagsruhegesetzentwurf u. a. eine vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband veranlaßte Petition zugunsten völliger Sonntagsruhe zugegangen. Die Petition hat die Unterschrift von 41 223 Ladeninhabern gefunden, und zwar stammen davon 2592 Unterschriften aus 142 Orten mit bis zu 10 000 Einwohnern, 3799 Unterschriften aus 116 Orten mit 10- bis 25 000 Einwohnern, 5461 Zustimmungserklärungen kommen aus 88 Orten mit 25- bis 50 000 Einwohnern, 5312 aus 32 Orten mit 50- bis 100 000 Einwohnern und 24 059 aus Orten mit über 100 000 Einwohnern. Der Statistik ist weiter zu entnehmen, daß mit Ausnahme der Fürstentümer Waldeck und Schumburg-Lippe alle Bundesstaaten, auch deren rein ländliche Bezirke, an dem Ergebnis der Unterschriftensammlung in gleichem Maße, wie deren mehr Industrie und Handel treibenden Gebiete beteiligt sind. Eine nach Geschäftszweigen geordnete Übersicht ergibt 12 822 Unterschriften aus der Lebensmittelbranche, 8819 Unterschriften von Ladeninhabern der Kleidungsbranche und sonstiger Artikel für den persönlichen Bedarf, die Ladengeschäfte für Gebrauchs-

gegenstände jeglicher Art sind mit 16 731, die Tabak- und Zigarrenhändler mit 1738 Unterschriften vertreten, während 1813 Zustimmungserklärungen ohne nähere Angabe des Geschäftszweiges einfließen.

*** Die Eingemeindung Mühlheims nach Köln.** Der Provinzialausschuß der Rheinprovinz hat ein Gutachten abgegeben über die geplante Eingemeindung der Stadt Mühlheim (Rhein) und der Landgemeinde Rerheim in die Stadt Köln. Er kommt zu dem Schluß, daß die Eingemeindung zu empfehlen sei, weil sie aus wirtschaftlichen Gründen sich als notwendig erweise. Die beiden Gemeinden haben zusammen etwa 75 000 Einwohner.

— Charakteristisch für die antisemitische Gewissenhaftigkeit ist, daß jetzt der Herausgeber des Semiführers, eines Buches, in dem angegebene Personen daraufhin untersucht werden, ob sie jüdisches Blut in den Adern haben, sich genötigt sieht, in den „Deutschsozialen Blättern“ eine große Menge von Persönlichkeiten als nichtjüdisch aufzuführen, die früher als jüdisch bezeichnet waren. Bei fast allen diesen Personen ist lediglich der jüdisch klingende Name die Ursache dafür gewesen, daß die Betreffenden auf die „schwarze Liste“ kamen.

*** Ein deutscher Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands** hat sich gegründet. Den Ehrenvorsitz dieses Vereins, der lediglich humanitäre Zwecke verfolgt und sich von jeglicher Politik fernhält, hat Geheimrat Professor Wilhelm Förster übernommen. Vereine mit gleichen Zielen bestehen bereits in England, Frankreich, Österreich, Holland und den Vereinigten Staaten. In anderen Ländern werden solche vorbereitet, und eine dauernde Zusammenarbeit mit allen diesen Vereinen wird beabsichtigt. Anmeldungen nimmt entgegen R. S. Witt, Bannsee, Bismarckstraße 36.

*** Die Maul- und Klauenseuche in Pommern.** In Anbetracht des Verbreitens der Maul- und Klauenseuche in Pommern und auch in den Nachbarprovinzen soll die für Juni d. J. geplante große landwirtschaftliche Ausstellung verschoben werden, und zwar mindestens auf ein Jahr.

— Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshelms wählte an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Schrader den Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Bachmike zum zweiten Vorsitzenden. Erster Vorsitzender ist der bekannte nationalliberale Prinz zu Schönau-Carolath. Die Gesellschaft umfaßt mehr als 8000 Körperschaften in Deutschland und arbeitet mit einem Jahresetat von über 600 000 M. Sie ist ein wichtiger Faktor unserer Volkserziehung.

Parlamentarisches.

Die Frage der Bewilligung der Ostmarkenzulagen. Während das Zentrum den Ostmarkenzulagen in jeder Form grundsätzlich abgeneigt ist, wird von der konservativen, der nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei ein Antrag auf Bewilligung der Ostmarkenzulagen vorbereitet zu dem Zweck, der Regierung Gelegenheit zur Verteilung dieser Zulagen zu geben.

Heer und Flotte.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Kaiser“ mit dem Chef der detachierten Division am 24. Jan. in Lüderichsbad; S. M. S. „Lorelei“ am 24. Jan. in Alexander; S. M. S. „Goeben“ mit dem Chef der Mittelmeerdivision am 25. Jan. in Genua; S. M. S. „Graf“ am 25. Jan. in Spezia; S. M. S. „Victoria Luise“ am 25. Jan. in Cartagena (Spanien); S. M. S. „Geben“ am 25. Jan. in Shanghai; S. M. S. „Flußh.“ „Vaterland“ am 26. Jan. in Nanjing; S. M. S. „Strasburg“ am 25. Jan. in Kapstadt; Dampfer „Patricia“ mit dem Abfertigungsamt für das Kautschukgebiet auf der Ausreise am 24. Jan. in Port Said und am 25. Jan. in Suez. — Der Kreuzer „Vineta“ ist zum Schutz der deutschen Interessen von St. Thomas nach Haiti abgegangen.

Post und Eisenbahn.

Der Kampf gegen die ungeführten Hutnadeln wird jetzt auch von den Eisenbahnbehörden aufgenommen. Im Bezirk

tiefgriffen: „O Gott! Wenn die Zeitung heute nicht erschienen wäre, würden es die Leute gar nicht erfahren. . .“ So lernte Herr Florian Breitenhuber den Kulturwert der Presse schätzen.

Aus Kunst und Leben.

*** Parfisa und Karneval in Mainz.** Wagners „Parfisa“ hat es trotz der wesentlich erhöhten Eintrittspreise seit dem 2. Januar auf sieben Wiederholungen bei ausverkauften Häusern gebracht. Da das Mainzer Stadttheater 1500 Sitzplätze hat, so dürften sich die Einnahmen auf 50 000 M. belaufen, und noch stehen zahlreiche Aufführungen in Aussicht. Das ist ein Erfolg, wie ihn bis jetzt noch kein Bühnenwerk in Mainz errungen! Erfolg ohne Beifall! Das Publikum duldet keine Quatanten! Alle Beifallsbezeichnungen, die sich bis jetzt nach den Allfälligkeiten hervorhoben, wurden stets von einer energisch einsetzenden Opposition zurückgewiesen. Dennoch ist die „Parfisa“-Begeisterung nur ein kaltes Fieber. Sobald die Herren und Damen den Theateraal verlassen, ist die „Weiß“ vorüber und sie nehmen an den zahlreichen gedachten Tischen im Jager ihre Abendmahlzeiten mit ungeschmälertem Appetit. Auch der Theaterrevisor hat alle Ursache, den Vortragsmeister zu segnen. Und da geht man neugierig auf seinen Ritz zurück, lauscht dem Karnevalstagszauber! Dann, nachdem das letzte Großmotiv verklungen, eilen die Waldbitter, Blumen- und Zaubermädchen nach der „Stadthalle“, wo der Karneval seine Feste aufgeschlagen, um dort den in Berlin und München verpönten „Tango“ zu tanzen — oder wenigstens den Tangotänzern zuzuschauen. Parfisa, Karneval und Tango beherrschen jetzt die Saison im „goldenen“ und so lustigen Mainz!

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Im Altonaer Stadttheater fand das dreitägige Schauspiel „Oderst Felt“ von Henry Ibsen am 26. (Deutsch von Erich Wed) bei der deutschen Aufführung am Samstag starken äußeren Erfolg.

Aus Graz wird den „Reiz. R. R.“ u. a. geschrieben: Mit seiner komischen Oper „Aitumlei“ hat Dr. Sepp Rossegger, Arzt in Langenwang und ein Sohn des Dichters Rossegger, einen musikalischen Schwan geschaffen, in dem er die humorvollen Seiten seines Lebens entwickelte. Die Aufführung fand am 24. d. im Opernhaus mit recht freundlichem Erfolg statt. Der Aufführung wohnte auch Dichter Dr. Peter Rossegger mit der ganzen Familie bei.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Allgemeine Volksschule.

„Benötigen wir wirklich eine allgemeine Volksschule?“ Mit dieser Frage beschäftigten sich die Teilnehmer der letzten Monatsversammlung des „Wiesbadener Lehrervereins“. Die Ausführungen des Referenten (Herr Progie) bewegten sich im wesentlichen um folgende Leitgedanken: Unter einer allgemeinen Volksschule ist eine Schülergruppierung zu verstehen, die alle nur denkbaren gesellschaftlichen Kontraste in sich vereinigt, also die Schüler ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, Stand der Eltern, Talent usw. zu einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft zusammenfügt. Gehen wir nun, um die Notwendigkeit einer solchen allgemeinen Arbeitsgemeinschaft nachzuweisen, zunächst auf die historische Entwicklung der Volksschule ein, so müssen wir zugeben, daß die sog. Volksschule der Reformations- und späteren Aufklärungszeit sehr wohl eine Gliederung des Gesamtschulsystems in Konfessions- und Ständeschulen, sowie eine Differenzierung des Schulwesens nach dem Geschlecht der Kinder oder nach ihren intellektuellen Fähigkeiten zuließ. Ja, man kann ganz allgemein sagen, daß jede Schulgattung, die nur Wissenskultur pflegt oder nur durch den Unterricht erziehen will, jede vernünftige Gliederung vertragen kann. Anders aber ist es bei der Volksschule, die sich ganz in den Dienst des modernen Persönlichkeitsideals stellt und ihre Zöglinge für ihren allgemeinen Beruf als Bürger und Mensch tüchtig machen will. Die Erziehung zum Menschen verlangt nun nach Pestalozzi: „Die Entfaltung der menschlichen Kräfte nach dem ganzen Umfang ihrer Natur“. Dieses kann niemals durch bloßen Unterricht erreicht werden. Allseitig und eindringlich bildet nur das vielgestaltige, reizgesättigte Leben selbst. Daraus ergibt sich die große Bedeutung des Familien- und öffentlichen Gemeinlebens für die allgemeine Menschenbildung. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit der allgemeinen Volksschule, sobald nachgewiesen werden kann, daß in dem natürlichen Familien- und Gemeinleben unserer Großstädte nicht mehr voll und ganz jene pädagogischen Voraussetzungen vorhanden sind, welche das Kind benötigt, um die in ihm latent liegenden sozialen Grundkräfte zu entfalten. Das ist in der Tat der Fall.

Die Bewohner eines Dorfes stellen gleichsam eine Familie im großen dar. Hier sind die Bewohner durch die Bande des Blutes und die Gleichheit der Interessen mannigfaltig miteinander verbunden. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl wird noch dadurch verstärkt, daß bei der Kleinheit des Gesellschaftsverbandes jede im Dorf sich erhebbende Lebensschwierigkeit sofort die Gesamtheit überflutet. Dazu kommt, daß sich alle Vorgänge vor der breitesten Öffentlichkeit abspielen, daß überall noch das ursprüngliche elementare Leben emporschäumt. So stellt das Seelenleben und Gesellschaftsleben eines solchen Dorfes eine Atmosphäre dar, der sich niemand, auch das Kind nicht, entziehen kann. Unter solchen Umständen ist wohl das fröhlich dahinjagende Leben die beste und billigste allgemeine Volksschule, neben welcher besondere künstliche Erziehungsanstalten nur als ergänzende Faktoren Wert und Bedeutung erlangen können. Ganz anders in der Großstadt. Das differenzierte Gesellschaftsleben, die Vielfalt der Berufe, die innere Fremdheit der Menschen stört hier jede Gemeinsamkeit des Denkens und Handelns. Durch die außerordentlichen Bildungsunterschiede, die Selbständigkeit der modernen Menschen im Denken und Fühlen, die zersetzenden Wirkungen einer einseitigen, intellektuellen Kultur werden diese Differenzen nicht gemildert, sondern noch verschärft. Das schließt aber auch störend und zersetzend in das Familienleben ein. Der Gelderwerb hält Vater und Mutter außerhalb des Hauses. Das Kind bleibt sich selbst überlassen. So ist es unmöglich, daß sich sein Trieb-, Gemüts- und Willensleben allseitig entfalten kann, daß in ihm starke soziale Interessen und warme altruistische Gefühle mächtig werden. Und doch beruht gerade auf solchen seelischen Potenzen die Macht und innere Einheit der Gemeinde wie des Staates.

Durch umfassende Maßnahmen der Politik lassen sich die bestehenden ungesunden sozialen Verhältnisse wohl mildern, aber nicht heben. Eine radikale Verringerung läßt sich nur von der Pädagogik erwarten, die uns wieder an die allgemeine Volksschule weist. Dabei ist es selbstverständlich, daß unsere heutige allgemeine Volksschule in Geist, Ziel, Methode und Organisation einer grundrationalen Reform zu unterliegen hat. Die moderne Volksschule hat die sozialen Kräfte des Schülers allseitig zu entfalten und zu kultivieren. Allgemeine Kräfte werden kann aber nur das vielseitige soziale und kulturelle Leben. Darum muß die Schule selbst eine soziale Lebens- und Arbeitsgemeinschaft im kleinen darstellen. In der Familie, in der primitiven Gemeinde, muß sie — wie die Erziehungsschule Pestalozzi-Wädwils — ihr Muster und Vorbild erkennen. Alle gesellschaftlichen Kontraste aller Stände, Geschlechter und Konfessionen muß sie in ihrem Rahmen vereinigen. Die allgemeine Volksschule sei Staat und Volk in miniature. So wird die Volksschule, indem wir ihre Notwendigkeit nachweisen, selbst zu einem offenen Problem, das der endgültigen Lösung harret.

— Die Schulden der Stadt Wiesbaden. Bei Beginn des Rechnungsjahres 1914 werden die Schulden der Stadt Wiesbaden insgesamt 58 006 913 M. betragen. Im Jahre 1913 mußten diese Schulden getilgt sein; selbstverständlich werden die nach und nach zu tilgenden Schulden ebenso nach und nach durch andere ersetzt. Die Stadt kann zufrieden sein, wenn sich ihre Schuldenlast wenigstens nicht erheblich vermehrt. Demnach braucht allerdings nicht gerechnet zu werden, wenn wir voraussetzen, daß sich Wiesbaden normal weiter entwickelt. Ein ziemlich beträchtlicher Teil der Schulden, nämlich 23 638 643 M., wurden im Interesse der städtischen Zweigverwaltungen aufgenommen. Da, abgesehen von Schulbauten, der schon lange in Aussicht genommene und tatsächlich zu einer dringlichen Notwendigkeit gemordene Errichtung eines zweiten Rathauses auf dem Dornischen Terrain und eines Schwimmbades, kostspielige städtische Bauten in absehbarer Zeit kaum erreicht werden müssen, kann man damit rechnen, daß die Schulden der Stadt im Lauf der nächsten Jahresjahre eher eine Verringerung als eine Vermehrung erfahren werden. Eine abnehmende Tendenz ist jetzt schon zu konstatieren; gegenüber dem Vorjahr haben sie sich bereits um rund 1 700 000 M. vermindert. Die Schulden der Stadt erfordern im kommenden Rechnungsjahre 2 178 758 M. Zinsen und einen Tilgungsbetrag von 1 902 988 M. Den Schulden steht, nach

der Feststellung vom 31. März 1913, ein Vermögen von 102 273 428 M. gegenüber. In dieser Summe sind enthalten 10 201 567 M. Kapitalvermögen, 8 453 681 M. Mobilienvermögen und für 89 622 624 M. Grundbesitz. Der Rest entfällt auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, auf die Straßenbahnen usw. Die Vermögensverhältnisse der Stadt sind darnach durchaus gesunde.

— Allgemeine Ortskrankenkasse Wiesbaden. In einer am Montagabend abgehaltenen Vorstandssitzung der „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ stand die Wahl des ersten Vorsitzenden auf der Tagesordnung; sie kam aber nicht zustande. Von den bürgerlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern war der bisherige langjährige Vorsitzende, Buchbindermeister Karl Gerich, als erster Vorsitzender vorgeschlagen worden. Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer-Vorstandsmitglieder erklärten jedoch, Herrn Gerich nur dann wählen zu wollen, wenn auch der bisherige zweite Vorsitzende, Medaillieur Liefers, wiedergewählt würde. Die bürgerliche Majorität lehnte die Wahl dieses oder eines anderen sozialdemokratischen Arbeitnehmers ab, und so ergab die getrennte Abstimmung der Arbeitgeber sämtliche 6 Stimmen für Gerich, die Abstimmung der Arbeitnehmer 5 bürgerliche Stimmen für Gerich, 7 sozialdemokratische Stimmen für Karl Gerhardt. Da nach dem Gesetz die Abstimmung in beiden Gruppen eine Mehrheit für den zu Wählenden vorschreibt, ist die Wahl zunächst ergebnislos verlaufen. Am nächsten Donnerstagabend wird der Vorstand zu einer neuen Abstimmung zusammenzutreten. Sollte inzwischen eine Einigung der Parteien nicht erfolgen, dann wird die Aufsichtsbehörde einen ersten Vorsitzenden auf so lange einsetzen, bis sich die Parteien geeinigt haben. Die Wahl des zweiten Vorsitzenden und der Ausschüsse wurde unter diesen Umständen auf morgen Donnerstagabend verschoben.

— Viktoriafist. Der seit Jahren hier bestehende Wiesbadener Hilfsverein des „Viktoriafistis Kreuznach“, welcher sich bekanntlich die Aufgabe stellt, kranken- und blutarmen Kindern mütterlicher Familien jeder Konfession und Herkunft eine Goldader durch Aufnahme in die Kinderheilanstalt des „Viktoriafistis Kreuznach“ zuzuführen, hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 28. d. M. im Rathaus ab. Nach dem vorliegenden Jahresbericht sind durch Vermittlung des Vereins im Jahre 1913 168 kranke Kinder in die Kinderheilanstalt zu Kreuznach aufgenommen worden. Hier von waren 57 aus der Stadt Wiesbaden und 111 aus dem übrigen Regierungsbezirk Wiesbaden (70 Knaben und 98 Mädchen). Die Erfolge der Turen waren erfreuliche und oft höchst überraschende. So gingen auch die Annehmungen zum Ausgebrauch weit über die verfügbaren Mittel hinaus. In diesem Jahr beschloß der Verein 170 Kinder zum Ausgebrauch in das „Viktoriafistis Kreuznach“ zu entsenden. Im Voranschlag sind hierfür 11 650 M. Kosten vorgesehen. Der Verein kann diesen Betrag nur aufbringen, wenn er durch Geldbeiträge von wohlthätigen Menschenherzen tatkräftig unterstützt wird. Will es doch die gefährlichste und verbreitetste Volkskrankheit, die Tuberkulose, schon im Kindesalter zu bekämpfen, die mit häufig wiederkehrenden Augenentzündungen, mit Drüsenentzündungen, mit eitrigen Knochen- und Gelenkaffektionen behafteten Kinder vor der Gefahr der Erblindung, der Verkrüppelung und ihre Umgebung vor Verbreitung und Verschleppung der Krankheit zu schützen. Der Verein ist im abgelaufenen Jahr in das Vereinsregister auf Grund der Bestimmungen des BGB. eingetragen worden. An Stelle der verstorbenen Vorstandsmitglieder Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bagenstehrer und Sanitätsrat Dr. Ernst Bagenstehrer wurde Stadtrat Arns als stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer und Geh. Oberfinanzrat Oberbürgermeister Gläffing und Kinderarzt Dr. Georg Koch, Langgasse 11, als Beisitzer gewählt, so daß sich der Vorstand aus folgenden Personen zusammensetzt: Sanitätsrat Dr. Proebsting, 1. Vorsitzender; Stadtrat Arns, Stellvertreter desselben und Schriftführer; Diplomingenieur Diederich in Viebrich, Stellvertreter des Schriftführers; Magistratssekretär Emil Stoll, Schachmeister; Dr. jur. Gessert, Stellvertreter desselben; Geh. Oberfinanzrat Oberbürgermeister Gläffing, Dr. Fr. Bergmann, Delan Bidel, Pfarrer Theod. Dieck in St. Goarshausen, Oberbürgermeister v. Jell, Geh. Reg.-Rat Professor Fr. Kalle, Kinderarzt Dr. Georg Koch hier, Delan Wilhelm in Dieg, Delan Voell in Langenschwalbach, Beisitzer.

— Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach dreiwöchiger Dauer haben mehr als 12 000 Personen die Ausstellung im Festsaal des Rathauses besucht, was als ein sehr günstiges Resultat bezeichnet werden muß. Durch diesen Massenbesuch ist eine Unmenge von Belehrung in alle Schichten der Bevölkerung getragen worden, von der eine günstige Beeinflussung der Volksgesundheit zu erwarten ist. Besonders erfreulich ist es, daß auch mit Genehmigung der Herren Stadtdirektoren die Oberklassen einiger Wiesbadener und Viebricher höheren Lehranstalten die Ausstellung besucht haben oder noch besuchen werden; denn gerade bei der heranwachsenden Jugend ist mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu beginnen; hier ist Gelegenheit, auf noch unverdorbenes Menschenmaterial einzuwirken und allem Unheil, das sich aus geschlechtlichen Erkrankungen entwickeln kann, vorzubeugen. Und Erkrankungen vorzubeugen, ist noch stets besser gewesen, als solche erst entstehen zu lassen und dann zu heilen. Es darf daher ein großes Verdienst der betreffenden Schulleitungen betrachtet werden, ihren Schülern auch auf dem Gebiet der Hygiene eine Belehrung zuteil werden zu lassen, die für hoffentlich recht viele von großem Wert ist. — Die Ausstellung nähert sich nun ihrem Ende; sie wird Sonntag, den 1. Februar, abends 7 Uhr, geschlossen. Eine Verlängerung ist unmöglich, da sie von hier nach Magdeburg geht, wo die Zeit ihrer Eröffnung und Dauer natürlich schon festgesetzt ist. Es wird also gut sein, den beabsichtigten Besuch nicht weiter hinauszuschieben, da nach den Erfahrungen in anderen Städten der Andrang in den letzten Tagen meist recht groß ist. Auf den letzten Freitags-, nächsten Donnerstags von 4 Uhr nachmittags an, sei noch besonders aufmerksam gemacht, wenn auch, wie hier schon öfter erwähnt, die Ausstellung jederzeit von Frauen besucht werden kann. Besonders eindringlich seien auch die Krankenkassen und deren Mitglieder, die noch im Besitz von Karten sind, auf den bevorstehenden Schluß der Ausstellung hingewiesen, mit der Aufforderung, diese Karten möglichst bald auszubringen.

— Zur künstlichen Winterfütterung der Vögel ist die Herstellung fester Futterlücken sehr zu empfehlen. Drei Teile Sämereien (Weizen, Hafer, Gerste, Sonnenblumenkerne usw.), ferner geriebene Semmel, Fleischstücke, zerhackte Solunderbeeren usw., werden mit zwei Teilen zerhacktem Rindertalg zusammen geschmolzen. Die herbe, flüssige Masse gießt man in Formen von nicht allzu vielen, länglichen Futtersteinen, die dann in die Futterlücken gelegt werden. Wind und Wetter können dieses Futter nicht zum Verderben bringen, und das Fett ist als wärmehaltend den Vögeln willkommen. Bis

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Tschechische Wirtschaftspläne und Träume. Das Tschechentum zeigt sich bekanntlich als die wirtschaftlich tüchtigste und unternehmendste der kleinen slawischen Nationen. Ihr ganz unter nationalen Gesichtspunkten arbeitendes Bankwesen ist reich entwickelt und dehnt sich immer mehr über alle österreichischen Kronländer mit slawischem Einschlag aus. Hat doch die Jinosienka Bank allein in Wien 14 Filialen! Tschechische Banken haben in Kroatien und Bosnien, in Slowenien wie unter den Slowaken Nordungarns, in Krain und den Küstenländern erfolgreich Fuß gefaßt. Auch in Handel und Industrie drängt die tschechische Unternehmung über die engeren Volksgrenzen hinaus. So wurde lekhin in Spalato in Dalmatien eine tschechisch-dalmatinische Handelsgesellschaft gegründet, die in erster Linie Getreidehandel treiben will. Die tschechischen Blätter haben in letzter Zeit mit Vorliebe von der tschechischen Zukunft auf dem Meere fabuliert. Während hierbei zunächst nur an die wirtschaftliche Eroberung der adriatischen Küsten gedacht wurde, vertritt das angesehenste tschechische Blatt „České slovo“ den Standpunkt, daß die tschechische Unternehmung ihr Augenmerk auch auf die nordischen Meere richten müsse und empfiehlt die Begründung tschechischer Handelshäuser in Hamburg. Wir fürchten, der wagemutige Tscheche wird sich ein wenig den Schwanz klemmen, wenn er es versucht, durch das Gatter der Hamburgischen drei Türme zu schlüpfen.

Berhandlungen zum Buchdruckergewerbestreit. Wien, 27. Jan. Um die seit einiger Zeit herrschenden Streitigkeiten im Buchdruckergewerbe beizulegen, finden am 28. Januar im Handelsministerium unter Leitung des Sektionschefs Rataja Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaft statt. Gleichzeitig hat das Handelsministerium das Tarifamt der deutschen Buchdrucker in Berlin eingeladen, einige Mitglieder als Sachverständige zu den Verhandlungen zu entsenden.

Frankreich.

Pariser Kombinationen zum Aufenthalt Benizelos' in Berlin. Paris, 27. Jan. Die hiesige Presse beschäftigt sich sehr lebhaft mit dem Aufenthalt des Ministerpräsidenten Benizelos in Berlin und seinen Konferenzen, die er mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten hat. Man mißt diesen Konferenzen hier große Bedeutung bei und glaubt sich mit dem Gedanken der Gründung eines neuen großen Balkanbundes vertraut machen zu müssen. So kann nach einer Depesche des „Echo de Paris“ die griechisch-rumänische Verständigung als vollendete Tatsache angesehen werden. Die Großmächte sollen Griechenland verpflichtet haben, die Kandidatur des Prinzen zu Wied in Albanien zu unterstützen. Sollte Griechenland hierbei von Bulgarien oder der Türkei angegriffen werden, so wird Rumänien offen an die Seite Griechenlands treten.

Italien.

Ausbau der Luftflotte. Rom, 26. Jan. Die italienische Seeresverwaltung ist zurzeit eifrig mit der Schaffung einer Luftflotte für die Armee beschäftigt. Es ist bereits mit dem Bau von vier Lenkballons starken Systems von je 30 000 Kubikmetern begonnen worden. Der Ausbau der Luftflotte soll systematisch in der Weise fortgesetzt werden, daß sich Italien gegen Ende des Jahres im Besitz von sieben lenkbaren Luftschiffen befinden wird.

Schweden.

Das Küstenschutzprogramm. Stockholm, 27. Jan. In beiden Kammern wurde gestern von den Mitgliedern derselben eine Vorlage zu dem neuen Küstenschutzprogramm für die Küstenschutzflotte eingebracht. Von 1915 bis 1919 sieht die Vorlage den Bau dreier Panzerkreuzer vom „Sverig“-Typ, dreier Unterseeboote und zweier Torpedojäger vor. Die Kosten betragen außer den früher bereitgestellten 7 430 000 Kronen noch 7 1/2 Millionen jährlich.

Türkei.

N.J.K. Palästinafahrt des amerikanischen Postkutschers in Konstantinopel. Konstantinopel, 27. Jan. Der neue Postkutscher der Vereinigten Staaten in Konstantinopel, Mr. Henry Morgenthau, der sich als Jude lebhaft für die Entwicklung Palästinas und das dortige jüdische Kolonisationswerk interessiert, wird Ende März d. J. eine für mehrere Wochen berechnete Reise nach Palästina antreten.

Asien.

Austritt des Finanzministers. Peking, 26. Jan. Hsiao-Si-Ling ist als Finanzminister zurückgetreten, bleibt aber Ministerpräsident bis zur Einführung des vom Präsidenten befürworteten neuen Regierungssystems.

auf den kleinsten Rest wird dieser Lauchfisch verzehrt, während sonst von dem lose hingehängten Futter ein großer Teil zu verderben pflegt. Ein besonderer Nutzen der Futterfische ist noch der, daß Insekten- und Fleischfresser, ebenso wie Körnerfresser an ihm sich gütlich tun können; für alle ist das Fischlein gedeckt. Das Einstellen von erwärmtem Wasser ohne ein fest darüber liegendes weimaßiges Drahtgitter ist gefährlich, weil sich sonst die Vögel darin baden und nachher steif frieren und dann umkommen.

Die Fortschrittliche Volkspartei hält nächsten Freitag, den 30. Januar, abends 8½ Uhr, einen Diskussionsabend in dem Saal der „Turngesellschaft“, Schwalbacher Straße 8, ab. Bei dieser Gelegenheit wird Referendar Dr. Hans Reiter über „Politik und Moral“ sprechen. Außerdem sollen kommunale Fragen besprochen werden. Auch Freunde der Partei haben Zutritt.

Wie man gestürzte Pferde behandeln soll. Sehr oft sieht man, daß Pferde, welche auf glattem Boden ausgerutscht und hingefallen sind, arg mißhandelt werden, wogegen, wenn ein Kundiger hinzutritt, das Aufheben mit ziemlicher Schnelligkeit ohne Bräufel geling. Die Unterstützung muß folgende sein: Dem Pferd, welches zuerst von Strang und Weichsel befreit wird, sind die Vorderbeine beim Aufbringen zurechtzulegen. Ein Mann stellt sich einige Schritte vor das gestürzte Pferd, nimmt mit jeder Hand einen Trensenzügel und gibt damit lebende Anzüge; gleichzeitig wird es am Schweif gehoben und mit Worten zum Aufstehen angefeuert. Mitter Boden ist vorher mit Stroh und Dedeln zu belegen oder mit Sand oder Asche zu bestreuen, so daß Vorder- und Hinterfüße sofort Halt finden können. Sollte das Pferd trotzdem nicht aufspringen, so zieht man einen Gurt unter der Brust dicht hinter den Vorderbeinen durch und unterstützt es durch Heben auf beiden Seiten. Sehr nützlich sind Hufschuhe aus Gans oder Kolossfäßen. Kürzlich hat die Berliner Omnibusgesellschaft 1000 Stück zur Mitnahme in ihren Wagen angeschafft, damit sie bei Unfällen stets sofort zur Hand sind. Da es Hufschuhe noch fast nirgends gibt, sei erwähnt, daß sie von der Bezirksanstalt Muldenhütten in Sachsen fabriziert werden.

Zusammenstoß. Vorgestern Abend stieß in der Sonnenberger Straße ein Straßenbahnwagen mit einem Kohlenwagen zusammen. Eine große Scheibe wurde durch den starken Anprall vollständig zertrümmert. Die Insassen, die teilweise mit Scheibensplittern überschüttet wurden, kamen mit dem Schrecken davon. Wer die Schuld an dem Unglücksfall trägt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Personal-Nachrichten. Anlässlich des Geburtstags des Kaisers wurde der General der Infanterie a. D. v. Bloch hier selbst zum Mitglied des preussischen Herrenhauses auf Lebenszeit berufen.

Fremdenverkehr. The Right Hon. Sir William Reigh Goodman und Lady Goodman sind hier eingetroffen und im „Hotel Quisisana“ abgewiesen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Vorträge. Heute Abend um 8½ Uhr beginnen in der Marktsäule die Evangelisationsvorträge von Fritz Winde.

Der nächste Volksvortrag, der am Freitag, 8½ Uhr, im Saale der städtischen Oberschule (am Zielerting) stattfindet, will weniger einen Vortrag als vielmehr die interessante praktische Probe aus einem Vortrag bringen, den vor einigen Wochen in derselben Reihe Referendar Dr. Bruno Kist über „Gedächtnis und Gedächtniskunst“ gehalten hat. Im Anschluss an diesen Vortrag bildete sich ein Kursus von etwa einem Duzend Teilnehmern, die an sechs Abenden von Dr. Kist in seine Methode der Gedächtniskunst eingeführt wurden. Die Mehrzahl dieser Kursteilnehmer wird nun am nächsten Freitag der Öffentlichkeit Gelegenheit geben, sich zu überzeugen, daß tatsächlich wie Herr Kist behauptet hatte, ein gutes Gedächtnis nicht etwa eine besondere Naturgabe, sondern etwas für jeden normal entwickelten Menschen Erlernbares sei; denn die Kursteilnehmer werden jetzt genau dieselben Proben von Gedächtniskunst ablegen, die damals die Zuhörer von Herrn Kist in Erfahrung brachten.

Am 15. Mai wird in Köln die Deutsche Werkbund-Ausstellung eröffnet werden, welche den Zweck verfolgt, durch Darbietung multigültiger Werke auf allen Gebieten des künftigen Lebens den Beweis zu bringen, daß Handwerk, Gewerbe und Industrie durch Anwendung neuer Formen und Produktionsmethoden den ersten Preis auf dem Weltmarktsplatz zu erringen vermögen, wenn sie den Anforderungen folgen, welche die Werkbund-Ausstellung stellen wird. Um das Verständnis für diese wichtige Frage des Erwerbs- und Wirtschaftslebens zu wecken und zu vertiefen, wird die Leitung der Deutschen Werkbund-Ausstellung in Köln in kürzester Zeit durch den Bürgermeister a. D. Hermann aus Köln in die hiesige Stadt einen öffentlichen Vortrag halten lassen.

Musik- und Vortragsabende.

Im zweiten seiner medizinischen Volksvorträge behandelte Professor Dr. Scherzinger am vergangenen Freitag das Blut des kranken Menschen. Es war keine leichte Aufgabe, die sich der Redner in der kurzen Zeit gestellt hatte, aber bei der ihm eigenen Gabe, auch verwinkelte Vorgänge durch treffende Bilder und Vergleiche dem Laienverstandnis rasch klarzumachen, gelang es dem seinen Stoff meisterhaft beherrschenden Gelehrten, in knappen Umrissen ein anschauliches Bild von den Veränderungen zu entwerfen, denen das menschliche Blut, sei es als Ganzes, sei es an einzelnen Stellen des Körpers, ausgesetzt ist. Unter den ersteren wurden die Blutvergiftung sowie die auf der Vermehrung oder Verminderung der roten oder weißen Blutkörperchen beruhenden Krankheitserscheinungen näher erörtert, unter den letzteren vor allen die Entzündung und die Embolie. Zum Schluss ging der Redner an der Hand schöner farbiger Tafeln auf die Krankheitsbilder ein, die in dem Blute leben und es als Beförderungsmittel benutzen, die als die Träger der meisten ansteckenden Krankheiten (Typhus, Malaria, Schlafkrankheit u. a.) bekannt sind. Die außerordentlich zahlreiche Zuhörerschaft lobte den hochinteressanten Vortrag mit wohlverdientem Beifall.

Am 3. Vortragsabend des Rhein- und Taunus-Klubs geleitete Mittelschullehrer A. Rodnitz an Sand vorzüglicher Bilder die sehr zahlreichen Zuhörer nach dem Rande der Pyramiden. Nach einer prachtvollen Fahrt durch das Atlantische Meer nach Alexandria ging es nördwärts bis an den Nil, an den Denkmälern altägyptischer Mächtigkeits vorüber, die von dem hohen kulturellen Stand des Landes schon in alter Zeit zeugen. Der ewig befruchtende Nil mit seinen früheren Bewässerungsanlagen und seine jetzige Bedeutung nach der Anlage des Staumdammes bei Assuan durch die Engländer, altägyptisches Königtum und die daran erinnernden Pyramiden, das Priesterium, die herrlichen Tempel, die der Totenkult der Götterwelt der einstigen Bewohner und die auf eigenartiger hoher Stufe stehende Kunst Ägyptens — dies alles mochte der Redner in einfacher Darstellung, dabei stets in geschickter Weise Bezug nehmend auf die heutige Entwicklung und die derzeitigen Zustände des ganz unter englischen Einfluss stehenden zukunftsreichen Landes, so daß nicht nur die in freier Rede gehaltenen Vorträge reichlich belohnt wurden, sondern auch die Vorträge des Klubs, Gustav Richter, dankte dem Redner für den ebenso interessanten als lehrreichen Vortrag. (Ohne Gewähr)

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

Der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband“ ladet alle Freunde der Sonntagsruhe, Anstalt, selbständige Gewerbetreibende, Käufer, Käufer

und Frauen zu einer Kundgebung für die Sonntagsruhe auf Donnerstag, den 29. Januar, abends 9 Uhr, im „Katholischen Gesellenhaus“, Dohmeimer Straße 24, ein. An den Hauptvortrag für den Bauvorsteher Jul. Schellin (Frankfurt a. M.) gewonnen ist, schließt sich eine freie Aussprache. Der Eintritt ist frei.

Dereinsfeste. (Aufnahme frei bis zu 20 Stellen.)

Der „Krieger- und Militärverein“ feierte unter zahlreicher Beteiligung am 24. Januar den Geburtstag des Kaisers in den Räumen des „Gesellenhauses“. Von den vielen Ehrengästen sind besonders Polizeipräsident Kammerherr v. Schand und Bezirkskommandeur Oberst Rott zu erwähnen. Herr Niemer leitete den Abend stimmungsvoll mit einem Festspiel von S. Böning ein, dem sich ein lebendes Bild würdevoll anschloß. Die musikalischen Darbietungen des Wiesbadener Musikvereins und die gesanglichen Leistungen des Herrn Pfeilstein fanden gute Aufnahme. Die Festrede hielt der Vorsitzende, Deputat der Reserve Böning, der Kreisverbandsvorsitzende, Oberleutnant der Reserve Klein dankte im Namen der Ehrengäste. Die Junadeutsches Jugendweiser erzielte durch turnerische Übungen und Gruppenstellungen. Das Schauspiel von O. Enck „Kladdemann als Erzähler“ wurde anziehend gespielt. Die Mitspieler, Frau Weischer und Döcke, Herr Deffler und Müller sowie die Herren Biez, Engmann, Montendruck, Ritsch, Schmutz u. a. und d. i. Leicher, Harder, Decker, Döcke und Keil, wurden ihren Aufgaben gerecht. Der sich anschließende Festball nahm trotz Überfüllung einen schönen Verlauf.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Diebich, 27. Jan. In der am Sonntag abgehaltenen (23.) Generalversammlung des Gesangsvereins „Fidelio“, die der Ehrenvorsitzende, Herr Gustav Kay, leitete, wurden folgende Sachen in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Wilhelm Greif, 2. Vorsitzender: Adolf Reinhardt, Kassierer: Herrn Hofmann, 1. Schriftführer: Karl Altenhof, 2. Schriftführer: Aug. Herbst, 1. Inventarverwalter: Martin Rinf, 2. Inventarverwalter: Otto Radus, Beisitzer: H. Dillmann, Aug. Maurer, Heinrich Rippel, Revisoren: Adolf Triloff und Ed. Knapack. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl auf gleicher Höhe blieb. Die Einnahmen betrugen 2706.96 M., die Ausgaben 2004.29 M., mithin bleibt ein Restbestand von 702.67 M. Die Veranlassungen des abgelaufenen Jahres waren durchweg sehr gut besucht. Es wurde weiterhin beschlossen, den diesjährigen Fidelio-Massenball wieder am Fastnacht-Samstag abzuhalten. Im Herbst soll eine außerordentliche Generalversammlung über die Veranlassungen zum 25-jährigen Gründungsjubiläum des Vereins im Jahre 1915 beschluß fassen. Es ist in Aussicht genommen, anlässlich des Jubiläums in Diebich einen großen Gesangswettbewerb abzuhalten.

hw. Schierstein, 26. Jan. Eine vom hiesigen Militärverein veranstaltete allgemeine Kaisers-Geburtstagsfeier fand gestern Abend bei zahlreicher Beteiligung der ganzen Einwohnerschaft in der Turnhalle statt. Die gebotenen Leistungen der mitwirkenden Vereine u. a. wurden beifällig aufgenommen, und verlief die ganze Veranstaltung in gemüthlicher Weise. — Das in früheren Jahren hier anlässlich des Kaisergeburtstages stets stattgefundene Festessen fällt in diesem Jahre aus.

Diebstahl, 26. Jan. Der „Krieger- und Militärverein“ beging am Sonntag den Kaisers-Geburtstag durch eine wohlgeordnete Feier. Die Festrede hielt Maurermeister Fritz Stiehl, welcher auf die wichtigen Ereignisse des vergangenen Jahres hinwies, insbesondere auf das „Opferjahr“. An Theatervorstellungen wurden zwei erste Stühle, die an die Zeit vor 100 Jahren erinnerten, sowie zwei Schränke gegeben. Unter tiefen Eindruck machte der Vortrag „Der letzte Freiheitskrieger“. Verlesung und Ball beendeten die schöne Feier.

Erbschein, 27. Jan. Der betriebsamte Tagelöhner Rütchhof von hier war Sonntagmorgen gegen 12 Uhr, als ein Feldweibel mit seiner Frau und mehreren Soldaten nach dem Fort Dieblich ging, diesen gefolgt, weil er annahm, daß ein Diebstahl in Frage komme. Der Feldweibel ließ den unangenehmen Verfolger von den Soldaten wegweisen, dabei ergriff er die Flucht und fiel in der Dunkelheit einen Wallgraben hinab. Morgens um 6 Uhr wurde er, der einen Knochenbruch erlitten, von einem Krieger Schumann aufgegriffen und ins Roteschloßhospital nach Mainz gebracht.

Nassauische Nachrichten.

Die Königsheiner Bahn.

ht. Königsheim, 25. Jan. Die zahlreichen Zusammenstöße und Entgleisungen, die sich in den letzten Monaten auf der Kreisbahn Höchst-Königsheim ereigneten, waren in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Gegenstand eingehender Beratungen. Einstimmig erkannte man die unhaltbaren Zustände im Betrieb dieser Bahn und die damit verbundenen schweren wirtschaftlichen Gefahren für Königsheim an. Es wurde beschlossen, die Regierung und die Frankfurter Eisenbahndirektion auf die Gefährlichkeit des Königsheimer Eisenbahnbetriebs aufmerksam zu machen und um Abstellung der Mängel zu ersuchen.

Die spazierende Post.

S. Hachenburg, 25. Jan. Die Verächtlichung der Oberpostdirektion Frankfurt in Nr. 30 vom 10. d. M. darf nicht unübersprochen bleiben. Die zweite Bestellung ist seit dem 1. Januar weggefallen und mit dieser Woche erst wieder eingeführt worden, obgleich die Wegeverhältnisse heute genau so liegen wie in den letzten 14 Tagen. Überhaupt hat die Bemerkung vom hohen Schneefall und vom Glätteis im Postamtbezirk Hachenburg bei der Kanbveröffentlichung Kopfschütteln erregt, weil hier niemand vom vereisten Wegen weiß und wegen Schneefalls die Wege seit dem 1. Januar nur an zwei Tagen etwas schwieriger zu begeben waren, als sonst; diese Tage waren kurz nach Neujahr. Die Annahme, daß der zweite Bestellgang wegfallen würde, ist wohl aus dem Ungeordneten und Nachlässigen des Postamtes zu erklären. Oder sollte unsere damalige Meldung nicht doch von Nutzen gewesen sein?

Limburg, 26. Jan. Der in einer hiesigen Maschinenfabrik tätige 26 Jahre alte Schlosser M. Kügel wurde durch eine Explosion heute derart körperlich verletzt, daß er in ein Krankenhaus verbracht werden mußte.

o. Brühl, 26. Jan. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Ernst Eberstich auf die Dauer von 8 Jahren wiedergewählt.

Aus der Umgebung.

Mittelrheinischer Fabrikantenverein.

ht. Mainz, 25. Jan. Der „Mittelrheinische Fabrikantenverein“ hielt am 22. Januar hier im Kasino „Zur Gutenberga“ seine diesjährige ordentliche Generalversammlung unter sehr starker Beteiligung hiesiger und auswärtiger Mitglieder ab. Den Vorsitz führte der 1. Vorsitzende des Vereins, Professor Dr. Ved (Diebich). Nach dem von dem Geschäftsführer Handelskammernditus Weesmann (Mainz) erstatteten Geschäftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr hat der Verein an Mitgliedern und Beiträgen erheblich zugenommen. Bei der Vorstandswahl wurden die anschließenden Vorstandsmitglieder: Dr. G. Fischer (Darmstadt), Karl Dyckerhoff (Diebich a. Rh.), Kommerzienrat J. Zehr-Bach

(Wiesbaden), Baurat Soring (Gustavsburg), Karl Ihm (Mainz), Dr. B. H. Kalle (Diebich a. Rh.), Karl Klingenspor (Offenbach a. M.), Direktor Karl Kohn (Frankfurt a. M.), Direktor Professor Dr. Karl Müller (Ludwigshafen a. Rh.) und Kommerzienrat Seifert (Diebich a. Rh.) einstimmig wiedergewählt. In seinem Geschäftsbericht behandelte Syndikus Weesmann auch die durch den neuen Zolltarif und das Zollverwaltungsgefehr geschaffene Lage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Versammlung sprach dem Vorstand und Geschäftsführer Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Außerhalb der Tagesordnung hielt Professor Dr. Böhle (Frankfurt a. M.) einen Vortrag über: „Neuere nationalökonomische Lehren über die Stellung des Unternehmers und der Arbeiter im Wirtschaftsleben“. In die Versammlung schloß sich ein gemeinsames, anregend verlaufenes Festmahl.

In die Halle gegangen.

ht. Frankfurt a. M., 26. Jan. Auf originelle Art ist es einer großen Bodenheimer Maschinenfabrik gelungen, aus etwa 200 Beamten diejenigen zu ermitteln, der systematisch einer Konkurrentenfabrik die Adressen bekannt gab, an die seine eigene Firma Offerten einreichte. Jedesmal, wenn an eine Firma ein Angebot abgegeben war, meldete sich nach einigen Tagen die Konkurrenten: „Wir haben in Erfahrung gebracht...“ Monatelang stand man vor einem Rätsel. Ein Produkt löste jezt daselbe. Er ließ von Firmen, die er über den Zweck der Sache vertraulich aufklärte, nach der Anzahl der in der hiesigen Fabrik bestehenden Abteilungen sechs Anfragen mit genau festgelegtem Wortlaut nach hier richten. Die einlaufenden Briefe wurden unauffällig so geleitet, daß jede der sechs Stellen nur von einem der sechs Briefe Kenntnis erhielt. Besam nun auf Grund dieser fingierten Anfrage die betreffende Firma die Offerte und kurz nachher von der Konkurrenten das billigere Angebot, so konnte sofort die Abteilung festgestellt werden, in der der Verrat gescheit war. Und so geschah's; in der Registratur mußte der Verräter stehen. Nach sorgfältiger Stäubung des zahlreichen Personals blieb der Verdacht an zwei Beamten haften. Der erste dieser beiden konnte sofort seine Unschuld nachweisen. Der zweite antwortete, als man ihm die Verräterei auf den Kopf zusagte, dreist: „Beweisen Sie mir's doch!“, womit er selbst schlagend bewiesen hatte, was er noch beweisen haben wollte. Der ungetreue Beamte wurde auf der Stelle entlassen, und seitdem hat die Fabrik Ruhe vor den Konkurrentenofferten.

Frankfurt a. M., 25. Jan. Der Silberfisch der Stadt Frankfurt a. M., der manches kostbare Stück der Edelsteinwelt aufweist, hat eine neue wertvolle Bereicherung erfahren. Frau Mathilde v. Rothschild hat eine silberne Jardiniere gestiftet, die vor kurzem an die Stadt abgeliefert worden ist. Das Geschenk ist von oblonger Form und trägt auf den Stirnflächen allegorische Figuren in antiken, reicherem Stil, die Kunst und Wissenschaft, Handel, Industrie usw. darstellen. Die Jardiniere ist einfach gehalten, präsentiert sich aber durch geschickte Anordnung und Verteilung der figuralen und ornamentalen Schmucke sehr vornehm und reich. Die Arbeit, die einen beträchtlichen Wert darstellt, stammt von der Hand des Frankfurter Bildhauers Professor Augustus Barneß, dem die Stadt auch das Goldene Buch verdankt. — Die Gründung einer Gesellschaft steht bevor, die den Plan verfolgt, in Frankfurt eine Reihe von Autobuslinien einzurichten. Boreist soll es sich um Vorortlinien handeln, und zwar ist zunächst eine solche von Offenbach über Fachsenheim nach Wilbel beabsichtigt, mit Anschluß an die elektrischen Straßenbahnen. Die polizeiliche Genehmigung zum Betrieb von Autobuslinien ist bereits erteilt.

Frankfurt a. M., 27. Jan. Oberbürgermeister a. D. Dr. Adickes wurde auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen. — ht. In der „Lage Einigkeit“ begannen gestern die dreitägigen Verhandlungen des Reichsverbands für das Steinseß-, Pflasterer- und Straßenbauwerke und verwandter Berufe. Dem Verband sind gegenwärtig 800 Betriebe und Fachgenossenschaften mit einem jährlichen Lohnumfah von 12 Millionen Mark angeschlossen. Zu dem Antrag auf Schaffung eines Reichstarifs an Stelle der Einzel- und Bezirkstarife wurde nach längerer Debatte ein Beschluß gefaßt, der die Möglichkeit eines Reichstarifvertrags anerkennt und den Abschluß eines solchen guthießt. Ferner beschloß der Verband seine Beteiligung an der Deutschen Handwerksausstellung 1915 in Dresden und am Internationalen Straßenbaukongress 1916 in München. Einstimmig Annahme fand der Antrag des Bezirks Kommern, der Minister möge die Ausgabestellen von Invalidentarifen anweisen, Karten nur an solche Handwerker zu verabsorgen, die sich im Besitz von Prüfungszeugnissen befinden; ebenso billigte die Tagung eine Änderung der Satzungen und eine Erhöhung des Beitragsbetrags für die Verbandszeitung.

Welnhausen, 27. Jan. Ein Großfeuer wüthete in der verlassenen Kapel die Deutsche Edelstein-, Kalk- und Ziegelfabrik vollständig ein. Der Schaden ist sehr bedeutend.

ht. Seligenstadt, 26. Jan. Von einem tragischen Geschehnis wurde eine hiesige Schuhmachersfamilie heimgesucht, indem die Frau bei der Geburt des 20. Kindes starb.

m. Arensburg, 26. Jan. Der 14jährige Sohn des Goldschmieds Schapperl, der heim Eislaut auf der Nahe bei Oberstein einbrach, wurde von der starken Strömung erfasst und unter die Eisschilde getrieben. Trotzdem sofort Hilfe zur Stelle war, konnte die Leiche erst nach mehrstündigem Suchen geborgen werden.

rmk. Darmstadt, 26. Jan. Zu dem bedauerlichen Unglücksfall bei dem heute nacht stattgehabten Brand erfahren wir noch, daß infolge des Umstandes, daß das Treppenhause Feuer gefangen hatte, die Bewohner durch die Nachbarschaft und die Feuerwehr mit Leitern, Sprunglärtern usw. gerettet werden sollten. Die 22 Jahre alte Molitor sprang in der Aufregung aus der zwei Treppen hoch gelegenen Wohnung aus dem Fenster neben der Leiter auf das Sprungtuch, fiel aber daneben und wurde dabei so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit starb; die übrigen Personen wurden gerettet. Aber die Entstehungursache des Feuers war bis jezt Bestimmung nicht zu ermitteln.

Sport und Spiel.

Verband Wiesbadener Regellub. Am Samstag versammelten sich auf Anregung einiger Mitglieder des Deutschen Regellubundes eine Anzahl Wiesbadener Regler in den oberen Räumen der „Mainzer Bierhalle“ zwecks Gründung eines Verbandes Wiesbadener Regellub. Nachdem durch die anwesenden Bundesmitglieder der Zweck und die Ziele des Bundes in anschaulicher Weise beleuchtet waren, wurde der

Verband gegründet. Schon früher, noch bevor Frankfurt und Mainz an die Gründung eines Verbandes gedacht hatten, war in Wiesbaden der Gedanke an die Gründung eines Regler-Verbandes erörtert worden. Die damaligen Unterhandlungen geschlugen sich jedoch. Zweck der Ausarbeitung der Statuten usw. wurde eine aus sechs Regellern zusammengesetzte Kommission gewählt, welche sich in aller nächster Zeit mit einem ausführlichen Programm an die interessierten Kreise wenden wird. Bis dahin ist der Komman der Kommission, A. Werner, Bismarckring 2, zu jeder Auskunft gerne bereit.

* Fußball. Am vergangenen Sonntag nahmen die Verbands spiele der A-Klasse ihr Ende. Die Mannschaft des Turnvereins trat in Frankfurt gegen den Turnverein 1880 an. Zwei kampfgewohnte spieltüchtige Mannschaften lieferten sich ein scharfes, aber äußerst faires Treffen, um sich dann mit dem Resultat 0:0 friedlich in die Punkte zu teilen. Der Turnverein konnte damit in dem starken dritten Bezirk der A-Klasse mit 20 Punkten die zweite Stelle behaupten. Die zweite Mannschaft schlug Germania's zweite 10:0.

Neues aus aller Welt.

Das Schulschiff „Prinzess Cecilie Friedrick“. Bremen, 27. Jan. Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffsvereins „Prinzess Cecilie Friedrick“ ist am 28. Januar wohlbehalten in Hamburg angekommen und wird am 28. Januar nach Plymouth abgehen.

Wasserplosion in einer Kirche. Aachen, 27. Jan. In der Gassebühne ereignete sich gestern eine heftige Explosion von Gas, die große Verwüstungen anrichtete. Der Fußboden wurde zum Teil aufgerissen. Es entstand ein Brand, der jedoch bald gelöscht werden konnte. Mehrere Personen erlitten Verletzungen.

Ein ungetreuer Telegrapheninspektor. Luxemburg, 27. Jan. Nachdem er Gift getrunken hatte, erschoss sich in einem hiesigen Hotel der Telegrapheninspektor T. in einem Reb. Beträchtliche Unterschlagungen im Amt sollen die Ursachen des Selbstmordes sein.

Ein folgenschwerer Filmbrand. Rotterdam, 27. Jan. Zwei Engländer trafen vor einiger Zeit in Dordrecht aus Java ein, um Lichtspielvorstellungen zu geben. Bei einer Vorstellung geriet ein Film in Brand und sofort stand das ganze Gebäude in Flammen. Es kam zu erheblichen Verletzungen. Der nicht totgebrannt wurde, kam in den Klinken um. 50 Eingeborene sollen ihr Leben eingebüßt haben.

Millionenunterzahlungen. Paris, 27. Jan. Der Bankier Richard Garmain ist wegen großer Unterschlagungen, die sich auf 1 bis 1½ Millionen belaufen sollen verhaftet worden.

Unfall eines Pariser Cyrcuzuges. Troves, 26. Jan. Der Cyrcuzug Nr. 17 stieß auf dem hiesigen Bahnhof mit einer Lokomotive infolge falscher Weichenstellung zusammen. Der Cyrcuzug des Zuges wurde vollständig zerstört und in beiden darin befindlichen Beamten tödlich verletzt. Nach einer halbtägigen Verhaftung konnte der Cyrcuzug seine Fahrt fortsetzen.

Selbstmord einer Millionärin. New York, 27. Jan. Frau Josephine Amend, eine in der New Yorker Gesellschaft wohlbekannte Millionärin, beging gestern Selbstmord, indem sie sich aus dem 12. Stockwerk eines Hauses auf die Straße stürzte. Frau Amend hatte vor einiger Zeit ihren Gatten durch den Tod verloren und zeigte seit jener Zeit Zeichen von Melancholie.

Kaisers Geburtstagsfeier.

Die Gratulationscour.

wb. Berlin, 27. Jan. Nach dem Festgottesdienst (vergl. Meldung im gestrigen Abendblatt) begab sich der Hof im Zuge von der Kapelle nach dem Weißen Saal. Der Kaiser geleitete zunächst den König von Sachsen durch den Weißen Saal. Dann traten die Majestäten vor die Stufen des Thrones, die Bundesfürsten (mit Ausnahme des Königs von Sachsen) und die Prinzen traten auf den rechten, die fürstlichen Damen und Prinzessinnen auf die linken Thronbänke. Die Musik setzte ein und die Salubatterie des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments feuerte im Lustgarten 101 Schuß und die Gratulationscour begann. — Der Kaiser reichte dem Reichskanzler die Hand und wechselte freundliche Worte mit den Reichsfürstern von Österreich-Ungarn, Spanien, Frankreich, England, Japan, Rußland, Italien, der Türkei und Amerika. Im Verlauf der Cour nahm der Kaiser die Glückwünsche der Präsidenten des Reichstags und beider Häuser des Landtags entgegen.

wb. Berlin, 27. Jan. Um 1½ Uhr war Frühstückstafel bei den Majestäten im Schloß und gleichzeitig Frühstück für die fremden Fürstlichkeiten; abends ist Familientafel für alle Fürstlichkeiten bei den Majestäten. Um 8 Uhr ist Galaoper.

Die Geburtstagsfeier in Straßburg.

wb. Straßburg, 27. Jan. Der Geburtstag des Kaisers wurde hier, wie alljährlich, in der üblichen Weise begangen. Die Parade der Garnison wurde vom Statthalter in Begleitung des kommandierenden Generals v. Deimling abgenommen. Um 3 Uhr nachmittags vereinigte eine wohl-arrangierte Festtafel gegen 300 Teilnehmer aller Stände im großen Saale des Sängerklosters. Die Generalität war fast vollständig erschienen; vom Ministerium waren die Unterstaatssekretäre Dr. Petri und Köpfer sowie Ministerialdirektor v. Traut zugegen. Unterstaatssekretär Wandel war ebenso wie Bürgermeister Dr. Schwaner und Bischof Dr. Fritzel durch Unpäßlichkeit an der Teilnahme verhindert. Der Statthalter Graf v. d. El brachte den Trinkspruch aus.

Die Feier in München.

München, 27. Jan. Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers fand in der Residenz Hofstafel statt, an der der König und die übrigen Mitglieder des königlichen Hauses, der preussische Gesandte v. Treutler, Graf v. Hertling und die übrigen Minister teilnahmen. Während der Tafel brachte der König in herzlichen Worten seine Glückwünsche für den Kaiser zum Ausdruck und ließ dabei mit dem Gesandten v. Treutler an.

Auch in einer großen Anzahl anderer Städte des In- und Auslandes wurde die Feier des Kaisergeburtstages durch Festgottesdienste, Schulfestern, Dinners und sonstige Festarrangements gefeiert. Überall nahmen die Veranstaltungen nach den uns weiter vorliegenden Berichten einen anregenden, schönen Verlauf.

Weitere Beförderungen.

wb. Berlin, 27. Jan. Zu Generalleutnantis wurden befördert die Generalmajore: v. Dittich-Pardoll, Kommandeur der 8. Infanteriebrigade, unter Verleihung zu den Offizieren von der Armee mit Beibehaltung des Wohnsitzes Stettin; Schmidt v. Knobelsdorf, Oberquartiermeister; von Dendebrod, Kommandeur der 18. Kavalleriebrigade, unter vorläufiger Befassung in seiner Stellung; v. Verbrab, Ober-

quartiermeister und Chef der Landesaufnahme; v. Heine-mann, beauftragt mit der Führung der 34. Division unter Ernennung zum Kommandeur derselben. Der Charakter als Generalleutnant verliehen wurde den Generalmajoren: Madlung, Traininspektor; Prinz Karl Anton von Hohenzollern zu la suite des 1. Garde-Dragoner-Regiments. Zu Generalmajoren befördert wurden die Obersten: v. Wienslopp, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 26 unter Verleihung zu den Offizieren der Armee mit Anweisung des Wohnsitzes Berlin, zugleich vom 1. Februar ab zu Dienstleistungen beim Reichsmilitärgericht kommandiert; Faldenheimer, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 85, unter Ernennung zum Kommandeur der 18. Infanteriebrigade; Nieland, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 113, unter Ernennung zum Kommandeur der 6. Infanteriebrigade; Bietzen, Kommandeur der Fuß-artillerie-Schießschule; v. Stumpf, Kommandeur der 7. Feld-artilleriebrigade; v. Wächter, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 55, unter Ernennung zum Kommandeur der 11. Infanteriebrigade; Graf v. Schweinitz und Krain Frhr. v. Kauter, bisher Flügeladjutant des Kaisers und Königs, Kommandeur der Feldartillerie-Schießschule; v. Verfen, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 16, unter Ernennung zum Kommandeur der 76. Infanteriebrigade. Ein Patent seines Dienstgrades wurde verliehen: v. Falkenhayn, Generalleutnant, Staats- und Kriegsminister; Prinz Joachim von Preußen, Oberleutnant des 1. Garde-Regiments z. F. usw., wurde unter Stellung zu la suite des 1. Garde-Regiments zum Infanterie-Regiment Nr. 14 versetzt; Bronau, Oberst und Kommandeur des 4. Garde-Feldartillerie-Regiments, wurde zum Kommandeur der 22. Feldartilleriebrigade ernannt; Prinz Ernst zur Lippe, Leutnant im Kurhessischen Jäger-bataillon Nr. 11, kommandiert zur Dienstleistung beim Feld-artillerie-Regiment Nr. 10, wurde in dieses Regiment versetzt; Wolff, Generalmajor und Kommandeur des Fuß-artillerie-Regiments Nr. 2, wurde zum Kommandeur der 3. Fußartilleriebrigade ernannt.

Weitere bemerkenswerte Ordensverleihungen und Auszeichnungen.

wb. Berlin, 27. Jan. Es erhielten ferner den Kronen-orden 2. Kl. Geh. Kommerzienrat Dr. Leo Gans (Frankfurt a. M.); den Kronenorden 3. Kl. der Direktor der Gemäldegalerie Dr. Friedländer (Berlin), Generaldirektor der Harpener Bergbauaktiengesellschaft Geh. Kommerzienrat Ruefer (Dortmund); den erblichen Adel Generaldirektor der Rgl. Rufen Wirtl. Geh. Rat Wode (Berlin). Die Kammerherrnwürde der Polizeipräsident von Schöneberg Freiherr v. Lüdinghausen, gen. Wolff. Der Kaiser verlieh zu Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebenszeit den Minister des Königl. Hauses A. zu Guleburg, den Kammerherrn v. Seydewitz und der Rufe, den Staatsminister A. D. Theodor v. Möller (Berlin).

Auch ein „Kaisergeburtstagsartikel“.

S. Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht) Das amtliche „Militärwochenblatt“ bringt in seiner Sonder-Ausgabe vom 27. Januar, in der die Ernennungen und Beförderungen veröffentlicht werden, einen Kaisergeburtstagsartikel, der fromm und fröhlich in die politische Kerbe der reaktionären Sekspresse schlägt. Es heißt in dem Artikel: Gegen das Meer, die festeste Stütze der monarchischen Einrichtungen Deutschlands, das unbedingt zuverlässige Instrument in der Hand der deutschen Monarchen, sind unberechtigte Angriffe gerichtet worden, die besonders das Offizierkorps zum Ziele hatten. Es wird angestrebt, die in der Reichsverfassung begründete kriegsherrliche Kommandogewalt über das Meer, die jetzt und alle Zeiten zum Wohle des Heeres und des Staates bestehen bleiben muß, zu beschränken. Diesen Bestrebungen gegenüber muß klar und fest bekannt werden, daß die preussische Armee, in vorderster Linie ihr Offizierkorps, sich — wie von altersher so auch künftig — durch ihren Fahneneid fest und unzweifelhaft an die Person und an das Kommando ihres Königs in unbedingtem Gehorsam und unwandelbarer Treue gebunden erachtet, dieses Königs, der stets nur das Beste des Vaterlandes erstrebt. Und was hier von der preussischen Armee gesagt ist, das gilt in gleicher Weise für die deutschen Bundeskontingente ihren Kriegsherrn gegenüber. (Eine verleumdende Unterstellung wird nicht besser dadurch, daß man sie immer und immer wieder wiederholt. Gegen das Meer hat tatsächlich niemand in den letzten Wochen und Monaten Angriffe gerichtet.“ Schriftl.)

Eine Reichsinvalidenstiftung.

Stuttgart, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht) Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers hat ein schwäbisches Pfarrerehepaar unter dem Namen „Reichsinvalidenstiftung“ eine Stiftung gegründet, aus der an Inhaber der „Reichsbeihilfe für Kriegsteilnehmer“ jährlich eine Zulage von 50 M. gewährt werden soll. Die Stiftung ist mit dem heutigen Tage in Kraft getreten.

Letzte Drahtberichte.

Die Wahlprüfungen des Abgeordnetenhauses.

77 Berlin, 27. Jan. Die Abteilungen des Abgeordnetenhauses haben die Wahlen von 99 Abgeordneten, die im Juli 1913 während der ersten kurzen Session nicht mehr geprüft werden konnten, geprüft und 95 für gültig erklärt. Bei 4 Wahlen haben die Abteilungen die weitere Prüfung der Wahlprüfungs-kommission überlassen, nämlich bei den Wahlen der Abgeordneten Dr. Runge, Schäfer, Krieger und Plande. Damit sind die Wahlprüfungen beendet. Soweit gegen die Wahl anderer Abgeordneter Proteste eingelegt sind, sind diese bereits im Juli 1913 der Prüfungs-kommission überwiesen worden.

Die Frage der weiteren Fristverlängerung zum Wehrbeitrag.

S. Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der „Reichsanzeiger“ hatte gestern die Mitteilung gebracht, daß der Bundesrat zu dem Reichstagsbeschluss über den Antrag, betr. Abänderung der Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag, Stellung genommen hat. Wie die „Tägl. Rundsch.“ hört, hat die Stellungnahme darin bestanden, daß der Be-

schluss des Reichstags, die Frist bis Ende Februar zu verlängern, zwar nicht gebilligt, aber auch nicht rundweg abgelehnt worden ist. Der Bundesrat hat es den einzelnen Bundesstaaten anheimgestellt, eine solche Fristverlängerung vorzunehmen oder nicht. Verschiedene Bundesstaaten, unter ihnen Preußen, werden von dieser Ermächtigung augenscheinlich keinen Gebrauch machen; andere aber, von süddeutschen Staaten beispielsweise, Bayern und Württemberg, werden die Frist verlängern.

Die Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes.

S. Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der Bundesrat wird, wie verlautet, sich im Laufe des Februar mit dem Antrag des Reichstags auf Aufhebung des Jesuitengesetzes beschäftigen, nachdem in den letzten Wochen innerhalb der Bundesregierungen über diese Frage Besprechungen stattgefunden hatten.

Benizelos in Berlin.

wb. Berlin, 27. Jan. Ministerpräsident Benizelos empfing heute im Hotel eine Deputation der griechischen Kolonie. Mittags findet ihm zu Ehren in der griechischen Gesandtschaft ein Frühstück im engsten Kreise statt.

Serbische Erregung gegen die Türkei.

77 Paris, 27. Jan. Wie aus Belgrad gemeldet wird, herrscht in serbischen Kreisen große Erregung über die Haltung der Türkei, die keine Miene macht, die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu vollziehen. Unter diesen Umständen habe sich die serbische Regierung entschlossen, die Mächte auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche die Emission einer türkischen Anleihe für den europäischen Frieden haben könne.

Der bulgarische Wahltermin.

wb. Sofia, 27. Jan. Die Wahlen der gesetzgebenden Körperschaften sind auf den 8. März festgesetzt worden.

Keine Spaltung im bulgarischen Offizierkorps.

A.B. Sofia, 27. Jan. Die fremde Presse mißt der Polemik zwischen höheren bulgarischen Offizieren in der Lokalpresse sehr viel Bedeutung bei und stellt sogar das Offizierkorps als in zwei Lager gespalten hin. Daran ist natürlich nichts Wahres.

Die Lage in Portugal.

wb. Lissabon, 27. Jan. Ein vom Kongress angenommener Antrag betont, daß zwischen der legislativen und der exekutiven Gewalt kein Konflikt bestehe und die gegenwärtige Regierung die gesetzmäßige Vertretung der parlamentarischen Mehrheit sei. Trotzdem dürfte sich die Lösung der Krise schwierig gestalten.

Wilson zu den Schiedsgerichtsverträgen.

wb. Washington, 27. Jan. Präsident Wilson hielt gestern Abend mit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten eine Beratung ab. Später erklärte der Präsident den Journalisten, er habe der Kommission die Ratifikation der schwebenden Schiedsgerichtsverträge ohne Änderungen lebhaft empfohlen und auch seine Haltung in der Frage der Panamakanalgebühren klargestellt. Der Präsident weigerte sich aber, den Journalisten Aufklärungen über seine Haltung in dieser Frage zu geben.

Die chinesische Kommission zur Verfassungsabänderung.

PT. Peking, 27. Jan. Ein Edikt des Präsidenten bestätigt die vom Verwaltungsrat ausgearbeitete Ordnung für die Bildung einer Kommission zur Abänderung der Verfassung. Die Kommission soll sich aus vier Vertretern von der Residenz, zwei von jeder Provinz, acht von der Mongolei, Tibet und Kufunor und aus vier von der allgemeinen chinesischen Handelsliga gewählten Mitgliedern zusammensetzen. Zur Teilnahme an der Wahl sind nur die intelligenten und wohlhabenden Klassen zugelassen. Der erste und zweite Vorsitzende der Kommission werden aus Mitgliedern der Kommission gewählt. Die Beschlüsse der Kommission unterliegen der Bestätigung durch den Präsidenten.

Pläne zu weiteren Instituten der Kaiser-Wilhelms-Akademie.

Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht) In den Kreisen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften besteht die Idee, nach Fertigstellung der jetzt im Bau begriffenen beiden Institute für Biologie und Arbeiterernährung zwei weitere Institute zu errichten. Das eine der Institute soll der Physiologie, das andere der Gehirnforschung gewidmet sein und man denkt daran, als Leiter des ersten Instituts Professor Dr. Abderhalden in Halle (Saale) zu gewinnen.

Ein Schröder-Strand-Denkmal.

O. Kopenhagen, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht) Zur Erinnerung an die verunglückte Schröder-Strand-Expedition, bei der bekanntlich sieben deutsche Forscher, darunter der Leiter der Expedition, Leutnant Schröder-Strand, das Leben einbüßten, soll an der Nordküste von Spitzbergen ein Denkmal errichtet werden. Auch eine Rettungshütte, die späteren Spitzbergen-Expeditionen von Nutzen sein soll, wird in der Nähe des Denkmals errichtet werden.

Ein Straßenbahn-Zusammenstoß in Berlin.

* Berlin, 27. Jan. An der Kreuzung der Vossallee und Kreuzbergstraße erfolgte heute vormittag kurz nach 8 Uhr ein schwerer Straßenbahn-Zusammenstoß. Ein Straßenbahnwagen der Linie 70 fuhr auf einen haltenden Straßenbahnwagen der Linie 90 auf. An beiden Wagen wurden die Person stark beschädigt. Von den Fahrgästen meldeten sich nicht weniger als 24 als verletzt. Die Mehrzahl von ihnen klagt über Schmerzen am Rücken und Kopf. Ein Kaufmann, der am Tempelhofer Platz erhebliche Querschnitte an den Beinen erlitten und mußte die Hilfe der nächsten Unfallstation in Anspruch nehmen.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Seitler-Post gedruckt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Ringstr. 11. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, einschließlich Ausland. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Tagblatt-Hand“, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen des Reichs; in Berlin: die „Wiesbadener Tagblatt-Hand“ und in den benachbarten Ländern und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.



Abend-Ausgabe: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gunkelstr. 66, Fernspr.: Amt 1450 450 n. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wochen wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 28. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 46. • 62. Jahrgang.

Gespensster.

Bei hellstem Tage wanden die Ausgeburtten der echtpreussischen Gespensterlehre durch die Lande. Es ist ebenso ärgerlich wie belustigend, ebenso kindlich wie bewußt unwahr, wenn die Drahtzieher des Preußenbundes die nichtkonserватiven Parteien in Pausch und Bogen beschuldigen, frevelhafte Attentate auf den Bestand der grundlegenden Einrichtungen nicht bloß zu planen, sondern gar schon der Ausführung näherzubringen. Jetzt hat, wie wir in der Morgenausgabe schon mitteilten, sogar das „Militärwochenblatt“ seine sonstige vornehme und sympathische politische Zurückhaltung aufgegeben und in das Horn des Preußenbundes geblasen. Es ist schon so, wie das Organ der bayerischen Regierung neulich schrieb, die „Bayerische Staatszeitung“: man leidet auf konservativer Seite geradezu an „politischem Verfolgungswahn! Sogar einer der bis dahin besonnensten konservativen Männer, Graf Schwerin-Loewig, der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, ist jetzt von dieser Gespensterlehre angesteckt worden, und es lohnt sich, im Zusammenhange zu erfahren, wie sich in seinem Kopfe die vermeintlichen demokratischen Gelüste darstellen. Auf dem konservativen Parteitage in Stettin am vorigen Donnerstag hat er sich wörtlich folgendermaßen ausgesprochen:

„Wenn in den vergangenen drei Jahrzehnten unsere Hauptaufgaben mehr auf wirtschaftlichem und steuerpolitischem Gebiete lagen — vor den letzten Wahlen in der Bundestagung unserer Reichstagsmitglieder und zuletzt im vergangenen Jahr in der dringend notwendigen Verfassung unserer Wehrmacht —, so liegt heute unsere Hauptaufgabe auf einem rein innerpolitischen, d. h. verfassungsrechtlichen Gebiet. Nach den Ergebnissen der letzten Monate im Reichstage und den begleitenden Kundgebungen der demokratischen Presse kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß heute unsere ganze Demokratie — die bürgerliche und die soziale — verbündet und einig ist in einem ganz bestimmten und festen Programm:

1. Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags bis zur vollen parlamentarischen Regierung;

2. Einschränkung der obersten Kommandogewalt des Kaisers und

3. Demokratisierung des preussischen Wahlrechts oder, wenn dies nicht zu erreichen, Mediatisierung Preußens und der übrigen Bundesstaaten durch Vernichtung ihrer finanziellen Unabhängigkeit.

Ein Unterschied in bezug auf dieses gemeinsame Programm besteht zwischen der bürgerlichen und der sozialen Demokratie nur insoweit, als die erstere glaubt, mit der Erreichung dieser Programmpunkte Halt machen zu können, während die Sozialdemokratie sie natürlich nur als einen weiteren Schritt zur Erreichung ihres Endzieles einer deutschen Republik betrachtet. In dieser Hinsicht hat die Sozialdemokratie — und das ist auch eine sehr bemerkenswerte neuzeitliche Veränderung — ihr früheres Programm vollkommen verändert. Von dem alten wirtschaftlichen Programm des kommunistischen Zukunftsstaates ist heute so gut wie gar nicht mehr die Rede. An die Stelle dieses wirtschaftlichen Programms ist heute das politische einer republikanischen Staatsform getreten.

Während aber das erstere verhältnismäßig ungefährlich, weil völlig utopisch und unerreichbar war, ist das jetzige viel gefährlicher, denn es liegt bei einer andauernden schwachen Regierung und Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien durchaus im Bereich der Möglichkeit. Auch in bezug auf das „Haltmachen“ nach Erreichung einer parlamentarischen Regierung wird meines Erachtens die Sozialdemokratie gegenüber der bürgerlichen recht beharren. — Eine monarchische Staatsform bei parlamentarischer Regierung würde sich in Deutschland sehr bald als völlig unhaltbar erweisen. In dieser Hinsicht liegen die Verhältnisse bei uns ganz anders als z. B. in England, wo sich eine solche Staatsform ganz allmählich durch eine vielhundertjährige Schulung des Volkes historisch entwickelt hat, während bei uns schon die Vielgestaltigkeit und Zersplittertheit unserer Parteiverhältnisse eine parlamentarische Regierung unter monarchischer Staatsform sehr bald unmöglich machen würde — ganz abgesehen davon, daß unser, durch eine vielhundertjährige Geschichte an ein kraftvolles, persönliches Königtum gewöhntes Volk sich mit einer kraftlosen Schattenmonarchie wie in England niemals abfinden würde, und daß endlich eine solche Staatsform auch mit dem föderativen bundesstaatlichen Charakter des Reiches völlig unvereinbar sein würde.

So viele Worte, so viele Schiefheiten, Verfehrtheiten, Unwahrheiten. Wir wollen nicht lügen: Unwahrhaftigkeiten; denn Graf Schwerin-Loewig ist ein Mann von ehrlicher Überzeugung, den man mit den Klopffedern vom Typ der „Deutschen Tageszeitung“ nicht verwechseln darf. Um so schmerzlicher freilich, wenn auch er die Dinge so gründlich falsch ansieht. Wann und wo hat die nichtkonser-

vative Reichstagsmehrheit „die volle parlamentarische Regierung erstrebt?“ Hat sie das etwa, als sie bei der Bewilligung der größten aller Seeresvorlagen bescheidenweise einige Reformwünsche in das Gewand von Resolutionen kleidete, deren Schicksal sich inzwischen durch das schroffe Nein des Bundesrats in tragikomischer Form erfüllt hat? Hatte der Reichstag damals diese seine Wünsche als Bedingungen ausgesprochen, von denen die Bewilligung der 132 000 Mann neuer Truppenteile abhängig gemacht worden wäre, nicht einmal dann hätte von einem Zwange auf die Reichsleitung im Sinne parlamentarischer Regierungsformen gesprochen werden können, aber so weit war der Reichstag ja gar nicht gegangen, nur Resolutionen legte er vor, bewilligte also im Grunde genommen alles ohne Wenn und Aber und soll es sich nun trotzdem gefallen lassen, jeder Anklage auf die Autorität der Regierung bezichtigt zu werden! Wo sind ferner die Beweise für das vermeintliche Gelüste (von dem nun also auch das „Militärwochenblatt“ in seinem Kaisergeburtstagsartikel fabelt), die oberste Kommandogewalt des Kaisers einzuschränken? Wo die Belege für die Behauptung des Herrn v. Schwerin-Loewig, daß vom Reich und vom Reichstag aus die „Mediatisierung Preußens“ wie auch der übrigen Bundesstaaten durch Vernichtung ihrer finanziellen Unabhängigkeit angestrebt wird? Soviel Worte, soviel weissenloses Gerede!

Es ist nicht wahr, daß irgendwer bei uns eine „kraftlose Schattenmonarchie“ an die Stelle eines kraftvollen persönlichen Königtums setzen will. Es ist aus der Luft gegriffen, daß der föderative bundesstaatliche Charakter des Reiches vernichtet werden soll. Es gibt keine Partei, die eifriger über die Erhaltung des föderativen Charakters des Reiches wacht als das Zentrum. Sollte es also nicht auch den Reuten vom Preußenbunde zu denken geben, daß das Zentrum jetzt, wo aufreizende Herausforderungen des ebenbürtigen Reichstags durch immer aufs neue verschärfte Rücksichtslosigkeiten von Seiten des Bundesrats an der Tagesordnung sind, in natürlicher Reaktion gegen solche Unbill gemeinsame Sache mit den Parteien der Linken macht, um dem Reichstag die Stellung zu verschaffen, die ihm von Rechts wegen und ohne Sprengung der Verfassung, vielmehr innerhalb dieser Verfassung gebührt? Aber die Konservativen, die sich verzweifelt gegen das Schicksal einer Minderheitspartei wehren, machen sich künstlich blind gegen eine Welt von Tatsachen und Entwicklungen, die mit der von ihnen entworfenen Skizze ernstlich nichts gemein haben. Wenn heute eine weise Regierung alle, doch wahrlich maßvollen und in echtem Staatserhaltenden Sinne gestellten Ansprüche der nichtkonservativen bürgerlichen Parteien erfüllte, so wäre das Reichsgefüge mit samt der Autorität der Regierung und mit der überragenden Stellung des Kronenträgers nicht nur nicht erschüttert, sondern vielmehr von innen heraus so befestigt, wie es noch niemals bisher gewesen ist!

Die Konservativen müssen für ihre gehäuften Fehler leiden, die sie von dem Tage an begingen, wo sie den Sturz des Fürsten Bülow wegen der preussischen Wahlreform und wegen der Erweiterung der Erbschaftsteuer beschlossen hatten. Daß sie sich heftig wehren, verdienen wir ihnen nicht. Daß sie untaugliche Mittel gebrauchen, ist uns begreiflicherweise gerade recht. Daß sie Unwahrheiten aussprechen, sei ihnen allzuhochnicht angedreht. Politische Lügen haben ebenso kurze Beine wie andere Lügen; also können wir den Mißerfolg der preußenbündlerischen Demagogie gelassen abwarten. Kein bürgerlicher Reichstagsabgeordneter drängt auf einen Konflikt mit der Regierung hin! Daß die Regierung einen Konflikt mit dem Reichstag wünschen sollte, wollen wir erst glauben, wenn wir die Beweise dafür vor uns haben. Darauf aber werden wir noch lange zu warten haben.

Berliner und Kölner Richtung.

Der Brief des Kardinals Kopp an den Grafen Oppersdorff in Sachen der christlichen Gewerkschaften würde das Ende der Kölner Richtung bedeuten, wenn sich die Gewerkschaften, die dieser Richtung anhängen, ergebensvoll in das Strafgericht fügten, das der Fürstbischof von Breslau ihnen bereitet hat. Werden sie das tun? Es ist schwer, eine Vorhersehung zu wagen, und man wird sich auch durch so tapfer klingende Kundgebungen wie die der Dortmunder „Tremonia“ nicht aus der gebotenen vorsichtigen Zurückhaltung herausdrängen lassen dürfen. Die „Tremonia“ meint, daß die christlichen Gewerkschaften

angeichts der neuen Sachlage wohl Veranlassung haben, die Folgerungen zu ziehen und „ihre Firmenschild zu ändern“. Ihr Weg sei ihnen vorgezeichnet, ihre Unabhängigkeit sei notwendig für ihre Existenz, die katholischen Arbeiter würden sich in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht in den Dienst der Berliner Richtung stellen können. Ist das nun wirklich so? Spricht das Dortmunder Blatt im Namen kirchlicher Autoritäten oder nur im eigenen Namen? Wenn das erstere der Fall sein sollte, so wäre immer noch zu fragen, ob die Männer der Kölner Richtung, wenn sie stärkeren Widerstand vorfinden sollten, ihr Organ nicht einfach fallen lassen würden. Andererseits kann man sich nicht gut vorstellen, daß die Bischöfe aus dem Westen, denen Kardinal Kopp mit wirklich beispielloser Rücksichtslosigkeit Fehde angelegt hat, das Feld ohne den Versuch einer Behauptung ihres Standpunkts räumen sollten. Sie hatten die Enzyklika „Singularem quodam“ in dem neulichen merkwürdigen Gewerkschaftsprozesse so auslegen dürfen, daß der Prozeß für sie mit einem beträchtlichen Erfolge endigen konnte, und sie hatten ihre Auslegung auf die bischöfliche Erläuterung stützen können, die dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Essen mitgeteilt worden war und der, wohlgemerkt, Fürstbischof Kopp seine Zustimmung nicht versagt hatte. Wenn Fürstbischof Kopp inzwischen aus Rom andere Weisungen erhalten haben will, was aus seinem Briefe an den Grafen Oppersdorff allerdings deutlich hervorgeht, so werden die Vertreter der Kölner Richtung zwar als sicher annehmen können, daß das Haupt der Berliner Richtung festen Boden unter den Füßen hat, aber nachdem es ihnen gelungen war, im Vatikan ein „Tolerari posse“ (geduldet werden können) zu erzielen, könnten sie es vielleicht abermals versuchen, diese schwer erkämpfte Duldung erneut für sich zu gewinnen. Möglicherweise immerhin, daß Kardinal Kopp manche Ansichten des Vatikan schärfer unterstreichen hat, als es in der wirklichen Auffassung der römischen Kreise begründet war. Jedenfalls steht die Kölner Richtung vor einem Schicksalsfrage, den sie vielleicht noch abwenden kann, den sie aber wahrscheinlich trotz allen Sträubens doch zu erleiden haben wird. Diese ganze Frage der vatikanischen Einflüsse auf die christlichen Gewerkschaften reicht in ihrer wahren Bedeutung so weit, daß es zuletzt auch der Staatsregierung wie der gesamten deutschen Öffentlichkeit kaum wird erspart bleiben können, zu den überaus ersten Problemen Stellung zu nehmen, die im Untergrunde des Streits zwischen der Berliner und der Kölner Richtung drohen. Wenn Kardinal Kopp tatsächlich das Recht haben sollte, sich auf den Vatikan zu stützen, wenn er also, ohne den Papst zu nennen, gleichwohl aber genügend deutlich erklären kann, daß der Vatikan die von den Bischöfen gegebene Erläuterung der erwähnten Enzyklika mißbilligt und Eingriffe in sein alleiniges Recht zur Erklärung päpstlicher Erlasse nicht dulden will, dann ergibt sich der höchst bedenkliche Zustand, daß die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Vaterlande an einer wichtigen Stelle einfach abhängig gemacht werden soll von dem Willen des „Heiligen Stuhls“. Die christlichen Gewerkschaften sind doch schließlich wirtschaftliche Organisationen und keine Portruppe kirchlicher Herrschaftsansprüche. Die christlichen Gewerkschaften selber fassen ihre Aufgabe so, wie es hier umschrieben worden ist, sie wollen, insoweit sie der Kölner Richtung folgen, ein friedliches Zusammengehen der Arbeiter beider Konfessionen zu gemeinsamen wirtschaftlichen Zwecken. Und nun soll ihnen das durch Verbote und Befehle aus dem Vatikan genommen werden, und Kardinal Kopp macht sich zum Träger und Vermittler dieser päpstlichen Anordnungen! Die Dortmunder „Tremonia“ hat wohl recht, wenn sie mit vollkommenem Herzen fragt: „Was soll daraus werden? Wohin sollen diese Wege gehen?“ Die Sache hat aber noch eine besonders wichtige Seite, wir meinen dabei die Stellung des Zentrums zu dieser Angelegenheit. Das Zentrum hat bisher zu lazieren gesucht, als politische Partei wollte es sich in den Streit nur ungern mischen. Wie lange und wie weit das möglich sein wird, das wird sich jetzt zu erweisen haben. Die Zurückhaltung des Zentrums kommt den Zentrumsführern jedenfalls so unangelegen wie nur möglich. Wenn den katholischen Arbeitern verboten werden kann, mit evangelischen in derselben Gewerkschaft zu sitzen, warum soll alsdann nicht auch dem Zentrum der konfessionelle Charakter ausdrücklich ausgedrückt werden können?

Ein früherer Brief des Kardinals Kopp.

Das „Düsseldorfer Tageblatt“ veröffentlicht einen Brief des Kardinals Kopp, der am gleichen Tage wie die Enzyklika erschienen ist. Dieser Brief ist nur einer beschränkten Anzahl

von Personen bekanntgegeben worden. Kardinal Kopp teilt in dem Briefe mit, daß der Kapitulardirektor Kreutwald in Köln beauftragt worden sei, die christlichen Gewerkschaften vor Erscheinen der Enghilfa zu beruhigen und zu versichern, daß sie unter dem ersten Eindruck zu sehr nachgeben würden. In dem Briefe wird die Behauptung ausgesprochen, daß die deutschen Bischöfe beide Organisationen gleichwohlwollend behandeln würden. Ausgeschlossen sei, daß ein Bischof in katholischen Gegenden die Einführung einer katholischen Organisation fordern würde. Eine bischöfliche Aufsicht würde nach wie vor nicht bestehen. Schließlich versucht der Kardinal, die christlichen Gewerkschaften vollkommen zu beruhigen. Dieser Brief des Kardinals Kopp ist inhaltlich vollkommen identisch mit der Interpretation der Enghilfa, die er jetzt zurückzieht.

Kaisers Geburtstagsfeier.

Die Galaveranstaltung im Opernhaus.

Wb. Berlin, 27. Jan. Heute abend 8 Uhr fand im königlichen Opernhaus Galaveranstaltung statt. Gegeben wurde der 1. Akt von Richard Wagner's „Parsifal“, als Einleitung wurde Wagner's „Parsifal“ gegeben. Das Haus war von der Hofgesellschaft gefüllt; auch der griechische Ministerpräsident Venizelos war zugegen. Es waren gegen 80 Fürstlichkeiten versammelt. Nach der Vorstellung hielten die Majestäten Cercle. Das Haus war mit Rosenkranzkränzen und Teppichen geschmückt.

Die Veranstaltungen in den Parlamenten.

* Berlin, 28. Jan. Der Reichstag beging die Feier durch ein Festessen in der reich decorierten Wandelhalle. Abgeordnete sämtlicher Parteien nahmen an dem Mahle teil, das um 4 Uhr nachmittags begann. Während des Mahles erhob sich Reichspräsident Dr. Kaempf und hielt die Festrede. — Bei der Kaisergeburtstagsfeier im Abgeordnetenhaus hielt Präsident Graf v. Schönerbach eine Rede, in der er auf die politische Bedeutung der Feier einging. Er betonte die Notwendigkeit des festen Zusammenhanges aller königstreuen Elemente des Landes auf gemeinsamem Boden und ihrer gleichen monarchischen Grundanschauung. Das preussische Königtum sei der eigentliche Kern, um welchen sich der preussische Staatsgedanke bündelt, von dem in den letzten Wochen so viel gesprochen worden sei, aber auch die ganze Entwicklung Preußens, ja das Deutsche Reich selbst kristallisiert habe. In den letzten Monaten habe es nicht an bedeutsamen Anzeichen für eine Bedrohung der monarchischen Staatsordnung gefehlt (Man vergleiche dazu die Zurückweisung dieser Klampolis an leitender Stelle dieser Ausgabe, Schriftl.); das mache die heutige Zeit bitter ernst. Alle königstreuen Volksteile sollten sich deshalb in dem unbedingten Willen festigen, sich dem dem preussischen Königtum, seinen durch die Verfassung gewährleisteten Rechten von niemand etwas rauben oder auch nur schmälern zu lassen.

Der Trinkpruch des Grafen v. Wedel.

Strasbourg, 27. Jan. Bei dem heutigen Kaisergeburtstagsfestmahl des Statthalters brachte Graf v. Wedel einen Trinkpruch auf den Kaiser aus, in dem er u. a. sagte: „Mit unbegrenztem Vertrauen blicken wir zu ihm auf, in dem sicheren Bewußtsein, daß sein weiser Sinn, seine starke Hand, sein warmes Empfinden für seiner gesamten Unterthanen Wohl momentane Erregungen und Dissonanzen beseitigen und den Frieden und die Eintracht befestigen werden.“

Die Feierlichkeiten in Zabern.

Wb. Zabern, 27. Jan. Kaisers Geburtstag wurde hier besonders feierlich begangen durch Schulfeiern und Festgottesdienste am Vormittag. Die Feier im Gymnasium war ausnehmend gut besucht, auch von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden. Im Bahnhofshotel Rißel fand eine Feier zu Ehren des Kaisers statt, an der 65 Herren teilnahmen. Den Kaisertrakt brachte Landgerichtspräsident Fürst aus, der auch im Namen der versammelten „Bürger und Beamten der reichstreuen Stadt Zabern“ ein Guldigungs- und Glückwunschkommuniqué an den Kaiser in Berlin abschickte. Die Stadt trug reichen Flaggenschmuck.

Bemerkenswerte Worte des braunschweigischen Ministers Wolff.

* Braunschweig, 28. Jan. Bemerkenswert war der Trinkpruch, den bei der Feier in Braunschweig der braunschweigische

Minister Wolff ausbrachte und der in folgenden Worten gipfelte: „Lassen Sie uns heute geloben, unseren Dank allezeit durch Treue zu Kaiser und Reich zu betätigen.“

Eine Bismarckdenkmalsammlung in Petersburg.

Wb. Petersburg, 27. Jan. Eine auf dem Festkommissar der deutschen Kolonie, dem u. a. der deutsche Botschafter Graf v. Pourtales heimwarte, veranstaltete Sammlung für das Bismarck-Nationaldenkmal ergab einen außerordentlichen Betrag. An Kaiser Wilhelm wurde ein Guldigungstelegramm abgesandt.

Weitere bemerkenswerte Auszeichnungen.

Wb. Berlin, 27. Jan. Der Kaiser verlieh die Roten Kreuzmedaille 3. Klasse dem Landrat Wächter (Limburg), Kurdirektor v. Frankeberg (Bad Nauheim), Dr. Hinde (Gommern), Kreis St. Goarshausen, Verwaltungsrat Hermann (Bad Homburg v. d. H.), Frau Geh. Kommerzienrat Baelling (Wiesbaden); den Ritter v. Adierorden 3. Klasse mit der Schleife: Herrn v. Krauskopf auf Schloß Hohenbühlau. — Der König verlieh dem Geheimen Rat Dr. Emil Rathenau (Berlin) und dem Geheimen Rat Dr. Professor Steinbrück (Münster) die goldene Denkmünze für verdienstvolle Leistungen im Bau- und Verkehrswesen.

Die Inselfrage.

Die Antwortnote Englands.

* Wien, 27. Jan. Die aus diplomatischen Kreisen mitgeteilt wird, wurde die Antwort Sir Edward Greys den Londoner Botschaftern Deutschlands, Österreichs und Italiens auf die Note der Dreimächte am 14. Januar überreicht. Die Antwort besteht aus zwei Teilen, von denen sich der erste mit der Inselfrage befaßt. Der zweite Teil enthält einen Vorschlag für die Fassung der von den Großmächten der Türkei und Griechenland zu überreichenden Note. Im ersten Teil schließt sich Grey im großen und ganzen dem Standpunkt der Dreimächte an, indem er gleichfalls dafür eintritt, daß seitens Griechenlands Garantien zu verlangen seien für den Schutz der Minorität auf den ägäischen Inseln sowie für die Neutralisierung der nord-ägäischen Inseln. Auch schlägt er vor, man möge von Griechenland das feste Versprechen verlangen, sich der Durchführung der von den Mächten getroffenen Bestimmungen nicht zu widersetzen und einen Widerstand dagegen auch nicht zu unterstützen. Von der von Venizelos geforderten Grenzberichtigung im Epirus erwähnt der englische Minister des Auswärtigen nichts. Im Anschluß daran präzisiert Grey noch einmal klar den Standpunkt Englands in der Frage der von Italien besetzten ägäischen Inseln. Er sagt, daß, so lange auch nur eine einzige Insel im Besitze einer europäischen Großmacht sich befindet, man den Zustand nicht als normal bezeichnen könne. England will damit jedoch keine Präzession auf Italien ausüben, sondern lediglich eine Konstatierung vornehmen. Der zweite Teil der Antwort Greys enthält einen Vorschlag für die Fassung der Note, in der die Mächte in Athen und in Konstantinopel ihre Entscheidung über die ägäischen Inseln mitteilen sollen. Es steht jeder Macht frei, etwaige Änderungen an der Texturierung vorzuschlagen. Man hofft, die Verhandlungen über diese Note bald beenden zu können, so daß bereits in der nächsten Zeit ihre Überreichung erfolgen dürfte.

Die Nachgiebigkeit der Türkei.

* Athen, 27. Jan. Informationen aus guter Quelle zufolge wird noch im Laufe dieser Woche sowohl Griechenland wie der Türkei eine Mitteilung der Mächte über die Inselfrage und die Grenze des Epirus zugehen. Zu gleicher Zeit mit der Bekanntgabe der Note der Mächte wird die Türkei erklären, daß die Intervention der Mächte durch die Ansprüche der Türkei auf sämtliche Inseln veranlaßt worden sei, und daß sie sich deren Entscheidungen beuge.

Deutsches Reich.

* Religiöse Nachrichten über den Wehrbeitrag. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Ein in mehreren Zeitungen erschienener Artikel, der Mitteilungen über die Höhe der fünf größten Wehrbeiträge und über die am stärksten am Wehrbeitrag beteiligten Persönlichkeiten bringt, erweckt den Anschein, als ob die Angaben auf amtlichen Unterlagen beruhen. Das ist nicht der Fall, wie sich schon ohne weiteres daraus ergibt,

daß die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung noch nicht abgelaufen ist. Die Veranlagung zum Wehrbeitrag hat noch gar nicht stattgefunden. Die Angaben der Beitragspflichtigen sowie die Veranlagungsergebnisse werden streng geheim gehalten werden. — Über die Höhe der Einkünfte nach dem Wehrbeitragsgesetz sind ferner Nachrichten verbreitet worden, wonach es voraussichtlich nicht nötig sein würde, die dritte Wehrbeitragsquote in ihrem vollen Betrag zu erheben. Die der „N. L. Z.“ von zuständiger Seite erteilte, ist diesen Mitteilungen jede Bedeutung abzuspochen. Zurzeit läßt sich noch nicht annähernd übersehen, in welcher Höhe die Wehrbeiträge durch die Selbstverpflichtung eingehen werden.

* Der Statthalterwechsel in Elsaß-Lothringen. Wie nun auch nach einer Nachricht der „Ndn. Ztg.“ aus Berlin verlautet, ist der Rücktritt des Grafen Wedel und des Staatssekretärs Born v. Sulach nicht mehr zu bezweifeln.

* Der Präsident der Bremer Gewerksamkeit, Johann Bruns, ist nach kurzer Krankheit im Alter von 46 Jahren gestorben. Der Verstorbene gehörte auch der Bürgerschaft an, deren Präsident er in den letzten Jahren war.

* Der Handelskammerpräsident gegen den Handelskammerpräsidenten. Nunmehr hat auch die Handelskammer Hannover gegen die Betätigung des Vorsitzenden des Preussischen Bundes, Syndikus der Handelskammer Dr. Rodde (Hannover), Stellung genommen. In der Rede beim Festmahl zu Kaisers Geburtstag führte der Vorsitzende, Kommerzienrat Wolpers, aus, daß, wenn auch die Handelskammer Hannovers ihre engere Heimat aus vollem Herzen liebt, sie sich doch frei von jeder engen partikularistischen Auffassung fühle. Man sei sich einig mit allen deutschen Stämmen in der großen Liebe zu unserem schönen deutschen Vaterland und in der Verehrung und Hochachtung für den Kaiser. Dieser Passus der Rede wurde von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall begleitet. Dr. Rodde selbst war bei dem Festmahl nicht zugegen.

* Keine Personalveränderungen in der elsässischen Presse. Die Nachricht, daß durchgreifende Veränderungen innerhalb der beiden großen deutschen Straßburger Zeitungen „Straßburger Post“ und „Straßburger Neuesten Nachrichten“ eintreten würden, dürfte sich, wie es nun heißt, nicht bewahrheiten. Die „Straßburger Post“ veröffentlicht eine vom Verlag und Redaktion unterzeichnete Erklärung, in der sie ausführt, daß die von der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ ausgehende Meldung, die „Straßburger Post“ werde in Zukunft mit veränderter Tendenz erscheinen, aus der Luft gegriffen sei. In der Redaktionsführung der „Straßburger Post“ werde keine Änderung eintreten. Es liege auch dazu nicht die mindeste Veranlassung vor. Das Blatt werde im gleichen Sinne weitergeführt werden, nachdem es seit seiner Gründung stets im deutschen Sinne redigiert worden sei. — Auch die „Straßburger Neue Zeitung“ erklärt die Nachricht von einer Änderung ihrer Tendenz für unrichtig. Wahr sei lediglich, daß der bisherige Lokalredakteur der „Straßburger Post“, Herr, ein geborener Elsässer, seine Stellung bei der „Straßburger Post“ gekündigt habe und in die Redaktion der „Straßburger Neuen Zeitung“ eintrete, jedoch nicht in leitender Stellung.

* Friedrich Naumann als Dozent. Die Alleeen der Bayerischen Kaufmannschaft haben Friedrich Naumann gewonnen, in diesem Semester einen Kursus für die Studierenden der Handelshochschule über Staatsbürgerkunde zu halten.

* Ein neues deutsches Mitglied des Haager Schiedsgerichts. Der Kaiser ernannte den Staatsrat Ritter von Treutlein-Rördes, Ministerialdirektor im bayerischen Justizministerium, als Nachfolger des Professors v. Bar zum Mitglied des Ständigen Schiedsgerichts.

* Eine sozialdemokratische Rede. Eine hübsche politische Rede hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wendel kürzlich in Offenbach a. M. in einem Zabern-Vortrag ausgeprochen. Er sagte u. a.: „Als am vergangenen Samstag die Zeitblätter verkündeten: Reuter freigesprochen! Schad freigesprochen! Fortner freigesprochen! da war meine erste Empfindung — ich will das unterschreiben stehen — der Drang, auf die Straße zu stürmen und den Bürgern zuzurufen: Gewaffnet euch! Kaufft euch Browningspistolen! Geht nicht ohne Revolver auf die Straße! Denn die Anarchie ist proklamiert in Deutschland! Ihr seid das Volkswild einer übermütigen Soldateska! Ihr könnt mir nichts, ihr nichts von dem ersten besten Reutnant auf den Lagen gespielt werden, und kein

Berliner Kunstbrief.

Das neue Opernhaus auf dem Papier.

Man kann sich jetzt unseres Stadtbaumeisters Hoffmann Pläne zum neuen königl. Opernhaus studierend betrachten und wird dabei finden, daß die Aufgabe bis jetzt in guten Händen ist. Freilich wird es Traditions-Architektur und keine Monumentalität auf einer modernen Grundlage. Aber sie läßt sich nicht aus der Erde stampfen, und die Tradition, die hier von einem feinfühlernden Nachschmecker aller Kultur angewendet wurde, wirkt nicht theoretisch-abstraktmäßig. Sie ist erlebnisvoll und hat wesentliche organische Zusammenhänge mit altberlinerisch-Botsdamer Barockweise. Und vor allem dieser Baugedanke erwuchs aus dem Boden, aus der Terrain-Situation. Überwiegend soll sich das Opernhaus auf dem Königsplatz erheben, ein mächtiger Mittelbau, festlich flankiert von Verwaltungsgebäuden. Gliederung, Proportion ist da alles. Hoffmann erreicht das überzeugend und er sagt auch die breit ausgedehnte sich streckende Gesamtanlage zwingend zusammen.

Vor allem charakteristisch scheint der Steinauerhofhof, der als Untergerüst der Architektur dient und das Höhenverhältnis zu Reichstag und Elgesäule rhythmisiert.

Säulenhallen verbinden die seitlichen Nebenhallen mit dem Mittel- und Haupttrakt. Dies baut sich in Doppelschichtung auf, in einem Unterhaus mit Vestibül, in das sehr zweckmäßig die Diademe der Untergrundstation „Königsplatz“ überführen, und dem darüber aufragenden Oberhaus mit Zuschauerraum und Bühnenbau. Als schmuckhafte Bekleidung der Glieder dieses Bauorganismus sind Giebelbildungen und Säulenhallen benützt, variierend vom vorgelagerten Sallenmotiv bis zu Plinthen-Platzen an der Rückwandfront. Eine besonders feine Wirkung verspricht sich offenbar der Plan von den Statuen, die über die Gasse und die Hofanlage werden sollen, ein Wald von Bildwerken, wie auf dem Dach des Mailänder Doms. Ob die Siegerallee dadurch kompliziert werden soll, ob diese Statuen die Reihener des Baumeisters

bei der hochnotpeinlichen Entwurfsprüfung durch den kaiserlichen Bauherrn, dem Mäcen der Plastik, sein sollen? Wenn S. M. baut, dann haben die Bildhauer zu tun.

Felix Wappenberg.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Die neue akademische Monatschrift „Diecker Bote“ (Herausgeber und Schriftleiter Dr. Oskar Kanack) läßt ihr 6. Heft (1. Februar) zum Besten der hochwassergefährdeten Bisher erscheinen. Es enthält Originalbeiträge von: Richard Demel, Georg Engel, Ray Hermann (Reise), Richard Hinge, Hermann Joelsohn, Oskar Kanack, Rudolf Leonhard, Alfred Richard Meyer, Hermann Plagge, Georg Rudolph, F. W. Wagner (Paris) u. a.

Bernhard Shaw hat einen neuen Einakter „Die musikalische Kur“ geschrieben, der demnächst im Londoner kleinen Theater aufgeführt werden wird.

Im Stadttheater zu Halberstadt mußte am Montagabend die Vorstellung abgebrochen werden, weil nur vier Einlasskarten verkauft waren!

Bei der Kaisergeburtstagsfeier der Universität Marburg sprach Professor Dr. Wechsler über den französischen Dichter Verlaine. Von den im vorigen Jahre gestellten wissenschaftlichen Preisaufgaben der verschiedenen Fakultäten hatten nur zwei eine Bearbeitung erfahren, auf welche Preise erkannt werden konnten. Die Preisträger waren die Studenten der Philosophie Karl Würzburger aus Paderborn und Karl Apel aus Frankfurt a. M.

Widende Kunst und Musik. Eduard Gabisch, bekanntlich ein Wiesbadener, von der Königl. Hofoper Berlin, wurde anlässlich der „Parfial“-Auführungen, er sang den Barnabas, vom Kaiser durch eine wertvolle Unterscheidung einem Anerkennungsbescheid für seine hervorragenden künstlerischen Leistungen ausgezeichnet.

Die alte Gräde in der bildenden Kunst wird der Titel einer Sonderausstellung lauten, welche der Kunstverein, Jundorfstraße 8 in Frankfurt, im April veran-

staltet und welche die wichtigsten bildlichen Darstellungen der alten Frankfurter Mainbrücke von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung des Schaffens unserer lebenden heimischen Künstler vereinigen wird.

Der Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchen will die Wiener Volksmusik durch ein Preisausreiben haben. Das Urteil soll bei einem Preisliedwettbewerb selbst abgegeben werden.

Dr. Hans Pfibner ist von der Leitung der Straßburger Bühne auf ein Jahr beurlaubt worden, um sein Werk „Parsifal“ zu vollenden. Gehalt und Stellvertretung gehen auf Kapellmeister Reemperer (Raitz) über.

Für eine geplante Louis-Eisen-Ausstellung bildet der Frankfurter Kunstverein, Jungbühlstraße 8, alle Besitzer von Werken dieses Frankfurter Künstlers (1834 bis 1899) um Angabe ihrer Adresse und näherer Bezeichnung ihres Besitzes.

Wissenschaft und Technik. In den Kreisen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin zur Förderung der Wissenschaften heizt die Idee, nach Fertigstellung der im Bau begriffenen Institute für Biologie und Arbeiterernährung zwei weitere zu errichten, eine für Physiologie, das andere für Weichforschung. Man hofft als Leiter des ersten Instituts den Professor Abderhalden (Halle) zu gewinnen.

Der Gefährte Scotts auf dessen Südpolexpedition, Evans, hielt in der Sorbonne in Paris einen Vortrag über seine Expedition. Präsident Poincaré überreichte Evans das Offizierskreuz der Ehrenlegion. Zudem er sagte: „Gefährten Sie mir, Ihnen im Namen Frankreichs die lebhaftesten Glückwünsche auszusprechen.“

Eine Expedition in die Libysche Wüste hat soeben der Orientograph Oswald Baufe aus Braunschweig angetreten. Er gedenkt von den ägyptischen Oasen aus nach Westen vorzudringen und in dem noch völlig unbekannten Inneren der Wüste alle Wege, Oasen, Trodenläder und Gebirge zu entdecken.

Hahn kräht danach! Und deshalb, weil auch niemand schüßt, schüßt auch selbst! Bewaffnet auch... Wir wollen eine breite Front der "Bades" in ganz Deutschland herstellen, an der sich die Junkerspitze den Schädel einrennen soll."

* Die Ebernburg bleibt evangelischer Besitz. Die Ebernburg, Siedingens berühmte Heimstatt, wurde von einem Konfession evangelischer Bürger angekauft. Der Betrag von 150 000 M. wurde angezahlt. Die Kaufsumme soll 400 000 Mark betragen.

* Austritt fast einer ganzen Gemeinde aus der Landeskirche. Wie der "Darmst. Tagl. Anz." mitteilt, hat infolge längerer Streikzeiten mit dem Oberkonsistorium über kirchliche Bauten der weitaus überwiegende Teil der evangelischen Kirchengemeinde Klein-Amstadt im Kreise Dieburg seinen Austritt aus der evangelischen Landeskirche erklärt. Genanntes Blatt bezeichnet diesen Schritt als um so auffälliger, als die Gemeinde bisher in dem Rufe eines sehr kirchlich gesinnten Ortes stand.

* Ein würdiges Haus des Deutschtums auf der Panama-Ausstellung. Die deutsche Zentralkasse für San Francisco in Berlin hat ein Telegramm aus San Francisco erhalten, demzufolge das deutsch-amerikanische Hilfskomitee in San Francisco beschlossen hat, auf dem Gelände der Weltausstellung ein repräsentatives Haus des Deutschtums in Amerika zu errichten.

* Der Bau eines Arbeiterinnenheims eine Siemens-Stiftung. Der "Voss. Ztg." zufolge beabsichtigt Sch. Mat v. Siemens, hinter dem vom Kaiser gestifteten Kindererholungsheim in Kitzbühl ein Erholungsheim für seine Arbeiterinnen erbauen zu lassen. Die Nachricht eines Berliner Morgenblattes, das Arbeiterinnenheim sei eine zweite Stiftung des Kaisers, ist demnach unzutreffend.

Parlamentarisches.

Auch eine nationalliberale Resolution zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Staatsbediensteten. Nachdem die fortschrittliche Volkspartei im Reichstag in einem Antrag eine genaue Regelung der Arbeitsverhältnisse der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten verlangt, fordern nunmehr auch die Nationalliberalen in einer Resolution zum Reichstag des Innern, eine Denkschrift über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der außerhalb des Beamtenverhältnisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen vorzulegen.

Post und Eisenbahn.

Ein ministerieller Erlass zur Behandlung der Eisenbahnreisenden. Der Eisenbahnminister hat in einem Erlass an die ihm unterstellten Behörden darauf hingewiesen, daß aus den Kreisen der Reisenden neuerdings nicht unberechtigte Klagen darüber erhoben werden, daß die Beamten (Stations- und Zugbeamten) sich nicht in gehöriger Weise um die Unterbringung der Fahrgäste bemühen und es unterlassen, sie auf Wagen zu verweisen, in denen noch Plätze frei sind. Auch für die Zurechtweisung der Reisenden auf den Waghöfen, insbesondere beim Eintritt von Änderungen in der gewöhnlichen Fahrordnung, wird nicht genügend vorgesorgt, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Bediensteten es an der erforderlichen Zuverlässigkeit den Reisenden gegenüber fehlen lassen. Weiter sind Klagen darüber erhoben worden, daß die Abfertigung der Züge Verspätungen erleidet, da den Reisenden nicht schon vor dem Einlaufen des Zuges die Stelle bezeichnet wird, wo die Durchgangswagen nach bestimmten Stationen und die Wagen der einzelnen Klassen halten. Der Eisenbahnminister weist die Dienststellen vor, sie für das Verhalten der Bediensteten verantwortlich zu machen. Es soll darüber gewacht werden, daß der Verkehr sich glatt und ohne Verzögerung abwickelt und die Reisenden in höflicher Weise zurechtgewiesen werden. Mit allem Nachdruck soll eingeschritten werden, wo Schwächen in der Dienstführung des öffentlichen Verkehrs beobachtet werden oder wo die Bediensteten es den Reisenden gegenüber an dem erforderlichen Entgegenkommen fehlen lassen.

Ausland.

Frankreich.

Der neue Bonaparteprinz und die hohe Politik. Paris, 28. Jan. Der bonapartistische Abgeordnete Engerand richtete an den Minister des Innern die briefliche Anfrage, ob der am 23. Januar in Brüssel geborene Prinz Napoleon Louis, Sohn des Prinzen Viktor Napoleon, von dem Prinzen ausweisungsgezielt vom Jahre 1886 betroffen werde und ob demselben das Betreten des Gebietes der französischen Republik unterlag. Das "Journal Officiel" veröffentlicht geschäftsordnungsmäßig diese Anfrage, ließ aber die Bezeichnung "Prinz" weg. Engerand erklärte einem Berichterstatter, daß der geistliche Charakter des Ausweisungsgeziels, das bereits ein Kind bei seiner Geburt treffe, in diesem Falle besonders grell zutage trete. Die Aufhebung oder zum mindesten eine Milderung des Gesetzes sei eine Notwendigkeit und es würde der Regierung zur Ehre gereichen, wenn sie der Kammer einen diesbezüglichen Entwurf vorlegen würde.

Eine neue Bewegung unter den Kohlenarbeitern. Douai, 27. Jan. Der Nationalrat des französischen Kohlenarbeiterverbandes hat sich für ein Programm ausgesprochen, das die Forderung eines Ruhegehaltes von 2 Franken im 56. Lebensjahre nach einer Arbeitszeit von 25 Jahren enthält. Er erhob Protest gegen die langen Schichten, die die Gesellschaften wieder einführen wollen. Ferner wurde beschlossen, den Nationalrat von neuem einzuberufen, sobald über das Gesetz, betr. das Ruhegehalt der Minenarbeiter, im Senat abgestimmt worden sei, um gemäß dem Ausfall der Abstimmung Maßnahmen zu treffen.

England.

Lloyd George auf der Steuerjagd. London, 27. Jan. Der heutige Kabinettsrat wird sich fast ausschließlich mit der Finanzfrage für das nächste Jahr beschäftigen. Die Notwendigkeit, für die neuen Ausgaben neue Steuern zu schaffen, wird immer klarer erkannt.

Eine Auszeichnung des vom deutschen Kaiser begnadigten Spions Brandon. Berlin, 27. Jan. Wie der "Täglichen Rundschau" geschrieben wird, ist der im April v. J. vom Kaiser begnadigte englische Kundschafter Leutnant Brandon zum Kommandeur des britischen Kanonenbootes "Bramble" ernannt worden, das nach China beordert wurde. Das kann nur als eine Auszeichnung betrachtet werden.

Eine neue Panzerung für Dreadnoughts? London, 28. Jan. Siegfried Blättermeldungen zufolge versucht die englische Admiralität eine neue Art von Panzerung für Dreadnoughts. Das Prinzip der Erfindung besteht darin, daß zwischen zwei harte Panzerplatten eine Schicht Kautschuk gelegt wird. Der bekannte englische Ingenieur Harbey behauptet, daß diese Verbindung von Stahl und Kautschuk das Geschloß gerade so aufhalte, wie ein Sandfisch eine Kugel. Die Dicke der Panzerung über der Wasserlinie wird 40 bis 50 Zentimeter betragen.

Das Ende des Kohlenarbeiterstreiks in London. London, 27. Jan. Der Kohlenträgerverband hat heute vormittag beschlossen, daß die Arbeiter bei den Firmen, die den Lohn um einen Penny für die Tonne erhöht haben, morgen die Arbeit wieder aufnehmen und dann drei Schilling an die Gewerkschaftskassen zahlen.

Spanien.

Verlängerung des Schiedsgerichtsverfahrens mit England. Madrid, 27. Jan. Der Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und Spanien, der heute abläuft, ist auf fünf Jahre verlängert worden.

Italien.

Meuterei in einem Bersagliere-Regiment. Rom, 27. Jan. Protestkundgebungen wegen mangelhafter Verpflegung haben nach einer Meldung des "Corriere d'Italia" gestern in der Kaserne des 2. Bersagliere-Regiments stattgefunden, das hier in Garnison liegt. Durch das Eingreifen des Obersten wurde die Ruhe bald wiederhergestellt.

Ein kolonialer Ritterorden. Rom, 27. Jan. Für koloniale Verdienste stiftete der König von Italien unter dem Titel "Della Italia" einen neuen Ritterorden.

Rußland.

Ein politisches Duell. Petersburg, 27. Jan. Wegen eines Zeitungsartikels hat General Kurapatkin den Redakteur der "Nowoje Wremja" und bekannten Publizisten Menschukoff zum Duell geordert.

Bulgarien.

Die Neuwahlen für die Sobranje. Sofia, 28. Jan. Gestern ist ein königlicher Ukas erschienen, der den Termin der Neuwahlen für die Sobranje auf den 8. März festsetzt. Die Neuwahlen werden auch für Neu-Bulgarien durchgeführt werden, das 41 Deputierte zu stellen hat.

Die Opposition droht dem Zaren Ferdinand. Sofia, 28. Jan. Die Führer sämtlicher Oppositionsparteien haben eine Abordnung zum König Ferdinand geschickt, um ihn auf die gescheiterten Maßnahmen des Ministerpräsidenten Radoslawow aufmerksam zu machen und vom König zu verlangen, daß er das Kabinett Radoslawow entlasse. Zar Ferdinand hat die Deputation nicht empfangen. Darauf haben die Anführer an den Chef der königlichen Kanzlei ein Memorandum gerichtet, in dem sie ihre Forderungen darlegen und besonders betonen, daß sie den König, falls er Radoslawow nicht zur Demission veranlassen sollte, für die daraus entstehenden schweren Ereignisse verantwortlich machen müßten.

Serbien.

Eine aufsehenerregende Spionageaffäre. Belgrad, 28. Jan. Unter dem Verdacht der Spionage wurde gestern früh, wie hiesige Blätter melden, die in der Belgrader Gesellschaft gut bekannte junge Bildhauerin Helena Dimitrijevič von der Polizei verhaftet. Die junge Dame war vor sieben Jahren als Studentin der bildenden Künste nach Belgrad gekommen und hatte es verstanden, sich in den vornehmen Kreisen Belgrads Eingang zu verschaffen. Während ihres langen Aufenthalts in Belgrad hat sie im Interesse der Wiener Polizei gearbeitet, der sie ihre Verdienste durch Vermittlung geheimer Detektive, welche die junge Dame als elegante Kavalierin aufsuchten, lieferte. Die Untersuchung hat bereits schwer belastendes Material zutage gefördert. Die Verhaftung hat im ganzen Lande große Sensation hervorgerufen.

Albanien.

Die Anleihe. Berlin, 27. Jan. Zu der Pariser Meldung über die Aufbringung der albanischen 75-Millionen-Anleihe wird dem "Voss. Anzeiger" von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Anleihe auf dem Wege einer internationalen Garantie, an der sämtliche Großmächte teilnehmen werden, zustandekommen soll.

Die internationale Flottenkundgebung. Petersburg, 27. Jan. Die Frage einer internationalen Flottenkundgebung vor Balona ist von den Großmächten im Prinzip zustimmend entschieden. Alle Großmächte bis auf das Deutsche Reich werden je ein Kriegsschiff entsenden und die Zahl nur auf Wunsch der Kontrollkommission vermehren. Ebenso hängt die Frage einer Landung von Truppenabteilungen von der Kontrollkommission ab. Die Kundgebung wird als rein politische Maßnahme angesehen.

Einfall albanischer Banden in den Epirus. Jonina, 27. Jan. Ungefähr 300 Albaner sind unter zwei mohammedanischen Führern in die Distrikte Tresska und Colonia eingefallen. Sie haben die griechischen Dörfer Grobotika und Tresska geplündert und dort die albanische Fahne gehißt. Am vergangenen Freitag erhielten die griechischen Militär-

behörden Kenntnis von diesem Einfall und ergriffen sofort die entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Türkei.

Der neue deutsche Leiter der Kriegsschule. Berlin, 28. Jan. Der Kommandeur des Badischen Bataillons des kaiserlichen Infanterie-Regiments Nr. 83, Oberstleutnant v. Bodenstein, hat den an ihn ergangenen Ruf, die Leitung einer türkischen Kriegsschule zu übernehmen, angenommen.

Die Verhandlungen mit Bulgarien. Konstantinopel, 27. Jan. Hier tritt mit Bestimmtheit das Gerücht auf, die bulgarisch-türkischen Verhandlungen beträfen die Rückgabe von Dedegagisch an die Türkei.

Mexiko.

Eine Verschwörung gegen Huerta. Mexiko, 28. Jan. Eine Verschwörung gegen Huerta, an deren Spitze General Gonzales und Oberst Vito stehen, ist aufgedeckt worden. Die Polizei verhaftete 42 Teilnehmer an der Verschwörung, unter ihnen 22 Deputierte. Sie wurden teils ausgewiesen, teils erschossen. Es wurde festgestellt, daß man im Monat Februar einen Staatsstreich versuchen wollte. In Veracruz wurden in Verbindung mit der Verschwörung ebenfalls mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Mittelamerika.

Die Revolution auf Haiti. New York, 27. Jan. Nach einem Telegramm aus Kap-Haitien dehnt sich die Revolution über den ganzen Norden Haitis aus. In Port de Paix und Genave hat sich die gesamte Bevölkerung erhoben. Kap-Haitien befindet sich in den Händen der Aufständischen. Präsident Drestre und seine Gemahlin flüchteten heute nachmittags auf den deutschen Kreuzer "Bineta", nachdem in der Stadt Port-au-Prince ein Kampf ausgebrochen war. Die "Bineta" und der amerikanische Panzerkreuzer "Montana" landeten Matrosen. Die Regierung in Port-au-Prince hat über Kap-Haitien, das Zentrum der Revolution auf Haiti, die Blockade verhängt. Das diplomatische Korps in Port-au-Prince hat für den Fall des Abdankens des Präsidenten Drestre ein Sicherheitskomitee ernannt.

Luftfahrt.

Wettbewerb für eine Plakette der Nationalflugspende. Der Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes schreibt auf Ersuchen der Nationalflugspende einen Wettbewerb für deutsche Künstler aus zur Erlangung eines künstlerischen Modells für eine in Gold, Silber und Bronze herzustellende Plakette. An Preisen sind 5000 M. ausgesetzt. Die Modelle müssen bis zum 15. Mai 1914, abends 7 Uhr, in dem Bureau des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes, Charlottenburg, Berliner Straße 171/172 (Technische Hochschule), eingereicht sein. Die näheren Bedingungen des Wettbewerbs werden von dem vorbezeichneten Bureau auf Anfrage jederzeit gern mitgeteilt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Kaisers Geburtstag. An der Kaisergeburtstagsfeier im Offizierskasino nahmen die Offiziere und höheren Militärbeamten der Garnison sowie eine Reihe von inaktiven Offizieren teil. Der Kommandeur des Infanterie-Regiments v. Gersdorff (Kurhess.) Nr. 80 Oberst v. Sals hielt eine Ansprache und brachte das Kaiserhoch aus. — Das Hoftheater war bei der geistigen Vorleistung festlich geschmückt mit Blumengirlanden und schwarzweißen Bändern, wie gelegentlich der Kaiserfeste. — In dem schön decorierten Offizierskasino der Königl. Wilhelms-Heilanstalt fand anlässlich des Geburtstags des Kaisers am Dienstagmittag ein Festmahl statt, an welchem der militärische Vorstand Oberstleutnant z. D. Sieberg mit den Offizieren, der Chefart Generaloberarzt Dr. Schmidt mit den Sanitätsoffizieren und einige hier zur Kur weilende Offiziere als Gäste teilnahmen. Oberstleutnant Sieberg brachte das Kaiserhoch aus. — Die hiesige Königl. Schuhmanufaktur wird den Geburtstag des Kaisers Freitag, den 30. d. M., im "Katholischen Gesellenhaus" feiern. Die Kapelle der Schuhmanufaktur wird dabei mitwirken.

Der städtische Haushalt im Jahre 1914. Für Schulzwecke sind in den Haushaltsplan für 1914 insgesamt 2 627 728 M. eingestellt, von denen 770 982 M. durch die Einnahmen aus dem Schulgeld und aus Zuschüssen gedeckt werden; der Gesamtbedarfniszusatz beläuft sich also auf 1 856 746 M. Das sind rund 100 000 M. mehr als im laufenden Jahr. Daran sind die höheren Schulen mit 41 000 M., die Mittelschulen mit 12 000 M., die Volksschulen mit 21 000 M., die gewerbliche Fortbildungsschule mit 7000 M. und die allgemeine Verwaltung mit 18 000 M. beteiligt. Den höchsten Bedarfszusatz für ein Kind erfordert die höheren Schulen mit 152 M., dann folgen die Volksschulen mit 91 M., die Mittelschulen mit 74 M., die gewerbliche Fortbildungsschule mit 22 M. und die kaufmännische Fortbildungsschule mit 10 M. Gegenüber dem laufenden Jahr hat sich der auf den Kopf der Schüler ausgerechnete Bedarfszusatz bei den Volksschulen um 10 M. verringert, bei den höheren Schulen ist er um 21 M. gestiegen, während er bei den übrigen Lehranstalten ziemlich derselbe geblieben ist. Von den vier höheren Lehranstalten ist das Lyzeum 1 am der Steigung des Bedarfszusatzes für ein Kind mit 27 M. am meisten beteiligt; bei dem Lyzeum 2 beträgt die Steigung 28 M., bei dem Realgymnasium 19 M. und bei der Oberrealschule 17 M. Den höchsten Bedarfszusatz überhaupt erfordert die Oberrealschule mit 211 M. für den Schüler. Die Gesamtzahl der an den Wiesbadener Schulen, einschließlich der beiden Fortbildungsschulen angestellten Lehrkräfte beträgt 435, ohne den Stadtschulrat. An Gehältern werden bezahlt: bei den vier höheren Lehranstalten 586 998 M., bei den fünf Mittelschulen 373 733 M., bei den elf Volksschulen (einschließlich der kleinen Schulen an der Mainzer Straße und der in Clarental) 731 729 M., bei der kaufmännischen Fortbildungsschule 27 835 M. und bei der gewerblichen Fortbildungsschule 55 592 M.

Zum Besuche Benizelos' in Berlin.

■ Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der griechische Staatsminister Benizelos hat heute dem österreichisch-ungarischen und dem englischen Botschafter einen Besuch ab. Zum Frühstück war er beim Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Jagow, geladen und dabei hatte er Gelegenheit, mit dem Reichsfürst und anderen leitenden deutschen Persönlichkeiten politische Unterhaltungen zu pflegen. Die Abreise erfolgt heute Abend nach Wien.

Der Standpunkt Italiens in der Inselfrage.

■ Rom, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die italienische Regierung bezieht in der Inselfrage den Standpunkt, daß der Frieden im Adriatischen Meer unter keinen Umständen gestört werden dürfe und glaubt darin mit allen Mächten einig zu sein. Man befürchtet aber, daß die englische Note die Lösung der griechisch-türkischen Frage nochmals hinausschiebt. Sir Edward Grey wird den Antrag stellen, die Mächte sollten der Türkei und Griechenland ihre Entscheidung mitteilen und den Vorfall einer Note an die Türkei zurückgeben. Die Türkei soll darin in bestimmter Form auf die Folgen ihres auffälligen Widerstandes aufmerksam gemacht werden. Demgegenüber schlägt Italien vor, sofort die Beschlüsse der Mächte mitzuteilen und dann erst über den Vorfall der Erfüllung an die Türkei zu verhandeln.

Der Eindruck der letzten englischen Note in Österreich.

■ Wien, 28. Jan. Das „Neue Wiener Tageblatt“ stellt fest, daß die englische Antwort auf die am 14. Januar in London überreichte identische Note der Dreimächte tiefenttäuscht mit der Stellungnahme des Dreibundes übereinstimme. Die österreichisch-ungarische Regierung hat zu der neuen Note Greys noch nicht Stellung genommen, da die Kabinette des Dreibundes in dieser Frage wie in den vorhergegangenen im Einvernehmen vorgehen müssen. Der erste Eindruck der englischen Note sei hier günstiger. Die Note wird durchaus als geeignet betrachtet, die Anerkennung zu befestigen, die man hier seit Beginn der Krise der loyalen objektiven Behandlung der Balkanfrage durch England gezollt hat.

Jemael Kemel reist zum Prinzen zu Wied.

■ Rom, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht) Wie aus Brindisi gemeldet wird, ist Jemael Kemel gestern von dort direkt nach Potsdam gereist, um den Prinzen zu Wied zu besuchen.

Französische Konzeptionen in Palästina.

■ Jerusalem, 28. Jan. Unter dem neuen Gesetz über die Willkür hat das französische Konsulat in Jerusalem eine auf 40 Jahre laufende Konzession erhalten zum Bau einer Tramway von Jerusalem nach Bethlehem, zur Installation der elektrischen Beleuchtung in der Stadt und zur Anlage einer Wasserleitung von Badi Jorah.

Deportation südafrikanischer Arbeiterführer.

■ Kapstadt, 28. Jan. Über die geistige Deportation der 10 Arbeiterführer wird das strengste Stillschweigen beobachtet. In Transvaal und Natal verhinderte es die Zensur, daß etwas in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Die Deportierten

kamen von Transvaal am Mittwoch in Durban an, wo sie unter starker Bedeckung nach dem Sonderzug gebracht wurden, der schnell an die Verladungsstelle fuhr. Dort wurden sie auf dem Dampfer „Mignon“ gebracht, der sofort abging. Bis jetzt ist der Vorgang in Südafrika völlig unbekannt.

Ein Gefecht in Britisch-Südafrika.

■ London, 27. Jan. Wie das Militärische Bureau erzählt, befehligte ein Telegramm des Gouverneurs von Britisch-Südafrika die Meldung von einem Gefecht mit Eingeborenen in der Nordostecke des Protektorats. Ein britischer Offizier und einige Soldaten wurden verwundet.

Som englischen Baugewerkschaften.

■ London, 28. Jan. Im Streik im Baugewerbe ist keine bemerkenswerte Änderung eingetreten. Allerdings haben bereits viele Arbeiter der gestern mitgeteilten Empfehlung des Verbandes Folge geleistet und den Streik begonnen, ohne die Entscheidung ihrer Gewerkschaft abzuwarten, die heute über die Empfehlung des Verbandes beschließen wird.

Die Opfer des Vulkanausbruchs auf Sakurajima.

■ Tokio, 27. Jan. Die Polizei von Nagasacki hat festgestellt, daß bei dem jünglichen Erdbeben und bei den vulkanischen Ausbrüchen in der Stadt selbst 33 Personen umgekommen sind, während 18 Leute von der Insel Sakurajima vermisst werden.

■ Paris, 28. Jan. Gestern wurde der Vater des Komikers Fragon zum erstenmal verhört. Er erzählt, daß er jetzt den Tod seines Sohnes, den er nur schwer versteht, glaubt. Er erklärte, er habe sich selbst das Leben nehmen wollen, seine glühende Hand habe aber dem Lauf des Revolvers eine andere Richtung gegeben, und so habe er seinen Sohn getroffen.

■ New York, 28. Jan. Nach einer Meldung aus Panama hat der Dampfer „Fryer“ die Reisenden der Nacht Vanderbills aufgenommen und sie am Bord des Dampfers „Amirante“ betrauert, der nach New York geht. Der „Barrior“ ist fest; seine Lage ist ungefährlich. Die Mannschaft ist an Bord geblieben.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

28. Januar, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = stark 7 = stief, 8 = stürzsch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.									
Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- Richtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cel.	Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- Richtung u. Stärke	Wetter	Therm.
Borkum . . .	760,5	SW 3	Nebel	-0,1	Berlin . . .	760,5	WNW 2	wolkig	+9
Hamburg . .	760,1	WSW 2	bedeckt	—	Aberdeen .	761,2	SW 2	bedeckt	+9
Wilhelmsunde	761,1	WSW 3	Schnee	—	Paris . . .	760,1	SSO 1	bedeckt	+9
Wien . . .	760,4	NO 1	Dunst	—	Villingen .	760,4	SW 2	Nebel	+9
Aachen . . .	760,2	SW 4	bedeckt	—	Wien . . .	760,5	SW 8	Regen	+9
Hannover . .	760,2	W 3	bedeckt	—	Skagen . .	760,2	SW 2	bedeckt	+9
Berlin . . .	760,5	SW 3	wolkig	—	Kopenhagen.	760,2	WNW 2	Dunst	+9
Dresden . .	760,3	WNW 2	bedeckt	—	Stockholm.	767,9	SSW 2	wolkig	+9
Bremen . .	760,1	WNW 8	—	—	Haparanda .	748,7	SW 2	—	+9
Netz . . .	760,9	W 3	wolkig.	+1	Petersburg .	761,7	SW 4	Schnee	+9
Frankfurt . .	773,7	—	Dunst	+1	Warschau .	760,2	SW 2	bedeckt	+9
Karlsruhe . .	771,8	SW 2	—	—	Wien . . .	760,9	WNW 2	—	+9
München . .	771,8	SW 2	Nebel	—	Bom . . .	764,1	—	—	+9
Zugspitze . .	802,4	N 3	—	+1	Florenz . .	760,5	NW 1	Regen	+9
Valeggio . .	—	—	—	—	Seydlitz . .	—	—	—	+9

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts

do.	S. 27 1920	94.	4 1/2	Zelbst. Waldhof Mannh.	97.20
do.	S. 28 1921	94.			
do.	S. 29 1921	94.50			
do.	S. 20 1913	94.50			
do.	S. 23 1915	94.50			
do.	S. 7, 8, 9	94.50			
Pr. Centr.-B.-G.	v. 90	95.10			
do.	v. 1899, 01 u. 03	92.50			
do.	v. 1906	92.70			
do.	v. 1907	92.80			
do.	v. 1909	93.			
do.	v. 1910	92.80			
do.	v. 1912	94.50			
do.	v. 1886/93/94/96	94.50			
do.	v. 1904 uk. 13	94.60			
do.	Komm. 01 kd. 19	94.40			
do.	08 uk. 17	94.30			
do.	12 uk. 22	94.30			
do.	87 v. u. 06	94.80			
do.	06 u. 16	85.			
do.	Hypoth.-Act.-Bk.	—			
do.	Sr. 125 (auf)	119.			
do.	180 abg.	91.40			
do.	abg.	83.60			
do.	v. 04 uk. 13	92.90			
do.	v. 07 uk. 17	92.90			
do.	v. 09 uk. 19	93.			
do.	Komm. v. II uk. 21	95.80			
do.	Hyp.-V.-Q. (Ant.-Cf.)	93.			
do.	—	87.50			
do.	Pfandbr.-B. 18, 19 u. 22	92.20			
do.	E. 25 unk. 14	92.30			
do.	E. 28 u. 17	93.50			
do.	E. 29 u. 19	93.50			
do.	E. 30/31 u. 20	93.60			
do.	E. 26 u. 14	87.50			
do.	E. 17, 18 u. 24 kb.	93.			
do.	Kleimb. E. 1 kb. ab 04	83.50			
do.	Komm. S. 7 kb. 12	—			
do.	Landesh. Central	—			
do.	Rhein-Hyp.-B.-Bk. ab 02/07	93.60			
do.	1917	93.60			
do.	1919	93.60			
do.	1921	93.60			
do.	uk. 1923	93.60			
do.	Komm. uk. 23	93.60			
do.	1914	83.60			
do.	Rhein.-Westf. B.-G. S. 3, 5, 7, 7a, 8, 8a, 9 u. 9a	83.10			
do.	S. 10 uk. 1915	92.50			
do.	12 u. 12a uk. 1920	92.			
do.	S. 13 uk. 1922	93.50			
do.	—	94.50			

Verzinsl. Lose.		In Mk.
1.	Badische Prämien Tthr.	176.70
2.	Donaus-Bodenbau- u. B. Tthr.	174.40
3.	Goth. Fr.-Pflanz. I. Tthr.	135.
3 1/2.	Hamburger von 1856	177.60
3.	Holl. Kom. v. 1871 h.fl.	115.10
3 1/2.	Köln-Mindener Tthr.	141.90
3.	Madrid. abgest.	75.60
3.	Meining. Fr.-Pflanz. Tthr.	143.
4.	Oesterreich. v. 1850 S. fl.	179.50
3.	Odenburger Tthr.	120.80
5.	Russ. v. 1884 s. Kr. Rbl.	493.
5.	v. 1864 s. Kr.	385.
2 1/2.	Stahlweiss-R.-Cr. S. fl.	111.90

Unverzinsliche Lose.		Per St. in Mk.
Augsburger	fl. 7	35.40
Braunschweiger	Tthr. 20	203.10
Mailänder	Le 45	150
	Le 10	38.50
Meininger	s. fl. 7	34.80
Oesterr. v. 1864	S. fl. 100	603.
do. Cr. v. 58	S. fl. 100	570.50
Türkische	Fr. 400	169.50
Ung. Staatsl.	S. fl. 100	444.50
Venetianer	Le 30	74.

Geldsorten.		Brief.	Geld.
Engl. Sovereign p. St.	20	20.40	20.45
20 Francs-St.	—	16.25	16.21
Oesterr. fl. 5 St.	—	—	16.10
do. Kr. 20 St.	—	—	16.80
Gold-Dollars p. Doll.	—	—	4.19
Russ. Imp. p. St.	—	—	214.80
Gold al marco p. Ko.	280	2700	
Ganz. Scheideg.	280	—	
Hochhalt. Silber	81 20	79.20	
Amerikanische Noten	—	4.20	4.19
(Doll. 5—1000) p. D.	—	—	41.80
Belg. Noten p. 100 Fr.	20.80	20.70	